

# mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**  
FÜR ENTSCHEIDER IN  
WIRTSCHAFT UND POLITIK

**01**  
**2022**

FEBRUAR 2022  
WWW.MIT-BUND.DE  
ISSN 1865-8873

MIT MERZ UND CONNEMANN

## CDU und MIT starten neu durch



HEMMSCHUH DSGVO

**Viel Aufwand,  
wenig Verständnis**



MACHTKAMPF UM NORMEN

**So will die EU ihre  
Hoheit über  
Produktstandards  
verteidigen**



SOFORT  
VERFÜGBAR\*\*\*



ELEKTRISCH FÜR ALLE

# DER NEUE TOYOTA RAV4 PLUG-IN HYBRID



Für alle, für die nicht Vor-, sondern Fahrfreude die schönste Freude ist: der neue Toyota RAV4 Plug-in Hybrid. Erlebe die Kombination aus 225 kW (306 PS) Hybrid-Power, bis zu 75 km\* rein elektrischer Reichweite (nach WLTP) und besonders niedrigen Emissionen.

**JETZT BIS ZU 8.300 €\*\*  
UMWELTPRÄMIE SICHERN**

Kraftstoffverbrauch RAV4 Plug-in-Hybrid, 2,5 l Plug-in-Hybrid, Benzinmotor 136 kW (185 PS), Elektromotor vorn 134 kW (182 PS), Elektromotor hinten 40 kW (54 PS), Systemleistung 225 kW (306 PS), kombiniert: 1,2 l/100 km, CO<sub>2</sub>-Emissionen kombiniert: 26 g/km.

Gesetzl. vorgeschriebene Angaben gem. Pkw-EnVKV, basierend auf NEFZ-Werten. Die Kfz-Steuer richtet sich nach den häufig höheren WLTP-Werten (Energieverbrauch (gewichtet, kombiniert): 1,0 l Kraftstoff/100 km und 16,6 kWh Strom/100 km, CO<sub>2</sub>-Emissionen gewichtet, kombiniert: 22 g/km, elektrische Reichweite (EAER): 75 km und elektrische Reichweite (EAER city): 98 km. Werte gemäß WLTP-Prüfverfahren). \*Elektrische Reichweite nach WLTP, Batterieladung, individuelle Fahrweise, Geschwindigkeit, Außentemperatur, Topografie und Nutzung elektrischer Verbraucher haben Einfluss auf die tatsächliche Reichweite. \*\*Die Umweltprämie gilt nur bei Privatkundenleasing (bei Anfrage und Genehmigung bis zum 31.03.2022) und setzt sich zusammen aus einem Anteil an der Leasingsonderzahlung in Höhe von 4.500,00 €, der auf Antrag vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) als Zuschuss gemäß Förderrichtlinien zum Absatz von elektrisch betriebenen Fahrzeugen (Umweltprämie) erstattet wird, und einem Nachlass auf den Anschaffungspreis in Höhe von 3.800,00 € brutto (inkl. Herstelleranteil an der Umweltprämie). Die Leasingsonderzahlung reduziert die monatliche Leasingrate. Ein Rechtsanspruch auf den BAFA-Zuschuss besteht nicht. Individuelle Preise und Finanzangebote erhalten Sie bei Ihrem teilnehmenden Toyota Partner. \*\*\*Nur solange der Vorrat reicht, der Bestand an Fahrzeugen ist nicht garantiert. Fragen Sie Ihren teilnehmenden Toyota Partner nach dem aktuellen Bestand.

# Stabwechsel! Gelungen!



Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

„Neue Besen kehren gut“. Wenn dieses Sprichwort wahr ist, ist die Union bestens gerüstet. Denn der Stabwechsel ist gelungen. Friedrich Merz ist mit überwältigender Mehrheit an die Spitze von Partei und Fraktion im Bund gewählt worden.

Damit führt zum ersten Mal ein Mitglied der MIT die CDU Deutschlands – an seiner Seite unser langjähriger Vorsitzender Carsten Linnemann. Ohnehin war noch nie so viel MIT im Bund wie jetzt. Und das ist bitter nötig. Wirtschaftskompetenz war noch nie so wichtig wie heute. Das zeigen die ersten Taten der Ampel.

Eigentlich wollte ich hier nicht über die Ampel sprechen. Sondern darüber, mit welchem großen Engagement sich der neue MIT-Vorstand an die Arbeit gemacht hat.

Eigentlich gelten die ersten 100 Tagen als Probezeit in der Politik. Auch eine Regierung muss sich einarbeiten können. Normalerweise hätten wir deshalb nach 100 Tagen zum ersten Mal Bilanz gezogen.

Eigentlich sollte sich deshalb eine Opposition zunächst zurückhalten. Opposition ist übrigens kein „Mist“, wie Franz Müntefering einmal sagte. Sie gehört zur staatsbürgerlichen Verantwortung. Und wir stellen uns dieser Verantwortung.

Eigentlich suche ich nicht den Konflikt. Wo es gut für das Land ist, werden wir natürlich die Ampel stützen. Wo es nötig ist, werden wir den Finger in die Wunden der Ampel legen. Verbindlich im Ton, klar in der Sache.

Aber leider ist es jetzt schon nötig: Denn das Virus zählt nicht bis 100. Und die Ampel lässt den Menschen und Betrieben auch keine Schonzeit. Die Ampel schafft Fakten – ohne Rücksicht auf die Realität und die Bedürfnisse von Menschen und Betrieben. Deshalb die Zwischenbilanz: Probezeit nicht bestanden.

**Beispiel Nachtragshaushalt:** Die Steuereinnahmen sprudeln. Statt Schulden abzubauen, verschafft sich der Finanzminister mit Buchungstricks zusätzliche 60 Milliarden Euro. Corona-Schulden werden kurzerhand zu Klima-Schulden umgewidmet. Und das am Parlament vorbei. Die Quittung für die zusätzlichen Kreditmilliarden wird dann dem Steuerzahler präsentiert. Eine solide Haushaltspolitik sieht anders aus.

**Beispiel Gebäudeförderung:** Ohne Not schockte der Klimaminister zigtausende Häuslebauer und das Bauhandwerk. Von einem Tag auf den anderen stoppte er die Förderung für klimaschonendes und nachhaltiges Bauen. Dabei waren diese Fördermittel bei vielen Bauvorhaben eingepreist. Immerhin korrigierte der Minister auch auf Druck der MIT seinen Fehler – zumindest teilweise. Ein Teil der KfW-55-Altanträge wird noch bearbeitet. Aber die Zukunft von KfW-40 ist ungewiss. Und der Minister kündigt erst für 2023 Folgeprogramme an. Den Schaden tragen Familien, Mittelstand und Klima.

**Beispiel Corona:** Weil seine Inventur nicht stimmte, orderte der Gesundheitsminister zu viel Impfstoff nach. Dafür fehlen PCR-Tests. Die Quittung zahlen die Arbeitgeber. Denn bei einer Krankenschreibung nach Schnelltest zahlen sie – anders als bei Quarantäne nach PCR-Test. Genesene verloren dafür über Nacht ihren Status – von 6 auf 3. Gegen den Rest Europas. Mit dünner Begründung.

**Beispiel Impfpflicht:** Kommt die Impfpflicht oder kommt sie nicht? Wie soll diese umgesetzt, wie kontrolliert werden? Bis wann soll sie gelten, wer wird wie oft geimpft und welche Ausnahmen soll es geben? Auf all diese Fragen liefert die Ampel keine Antwort. In einer so kritischen Lage lässt die Regierung jede Führung vermissen. Statt Sicherheit macht sich Verunsicherung breit. Damit ist klar: Eine einrichtungsbezogene Impfpflicht ist aktuell kaum umsetzbar. Die betroffenen Betriebe fürchten ab Mitte März ein Fiasko. Denn die Fachkräfte verabschieden sich.

Dazu kommen koalitionsinterne Querschüsse, offene Konflikte, zweifelhafte Personalfragen und vieles mehr. Die Ampel hat ihren Start also mächtig ver stolpert – und der Kanzler bleibt stumm.

Deshalb mussten wir sofort hart einsteigen. Wir belassen es aber nicht bei Kritik, sondern legen jeweils eigene Vorschläge vor, die von der Fraktion aufgegriffen werden. So geht konstruktive Oppositionsarbeit. Auf geht's.

Seien Sie behütet.

Gitta Connemann MdB  
MIT-Bundesvorsitzende



Fotos: greenbutterfly/stock.adobe.com; fotogestoeber/stock.adobe.com; Frank Röth

## Impressum

### Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin  
E-Mail: redaktion@mit-bund.de  
www.mit-bund.de

### Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

### Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

### Redaktion:

Alina Kemper  
Micha Knodt  
Richard Praetorius

### Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)  
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach  
Telefon: 02226 802-213  
Telefax: 02226 802-222  
E-Mail: verlag@ubgnet.de  
www.ubgnet.de  
Geschäftsführer: Jürgen von Meer  
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

### Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

### Titelbild:

MIT

### Druckauflage:

26 000 Exemplare

### Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI  
Verlagsvertretung Getz  
Telefon: 02205 86179  
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII  
Braun Medien GmbH  
Telefon: 0221 7881443  
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegen Beilagen der Firmen HelloFresh und Plan International Deutschland e.V. und bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

## MIT:EDITORIAL

### Stabwechsel! Gelungen!

3

von Gitta Connemann MdB

## MIT:KOLUMNE

### Was uns Ludwig Erhard heute noch zu sagen hat

8

von René Höltzsch

Vor 125 Jahren wurde Ludwig Erhard geboren. Sein Nachfolger Robert Habeck, sollte sich stärker auf Erhards Prinzipien besinnen, meint unser Autor.

## MIT:TITEL

Hemmschuh DSGVO

### Viel Aufwand, wenig Verständnis

10

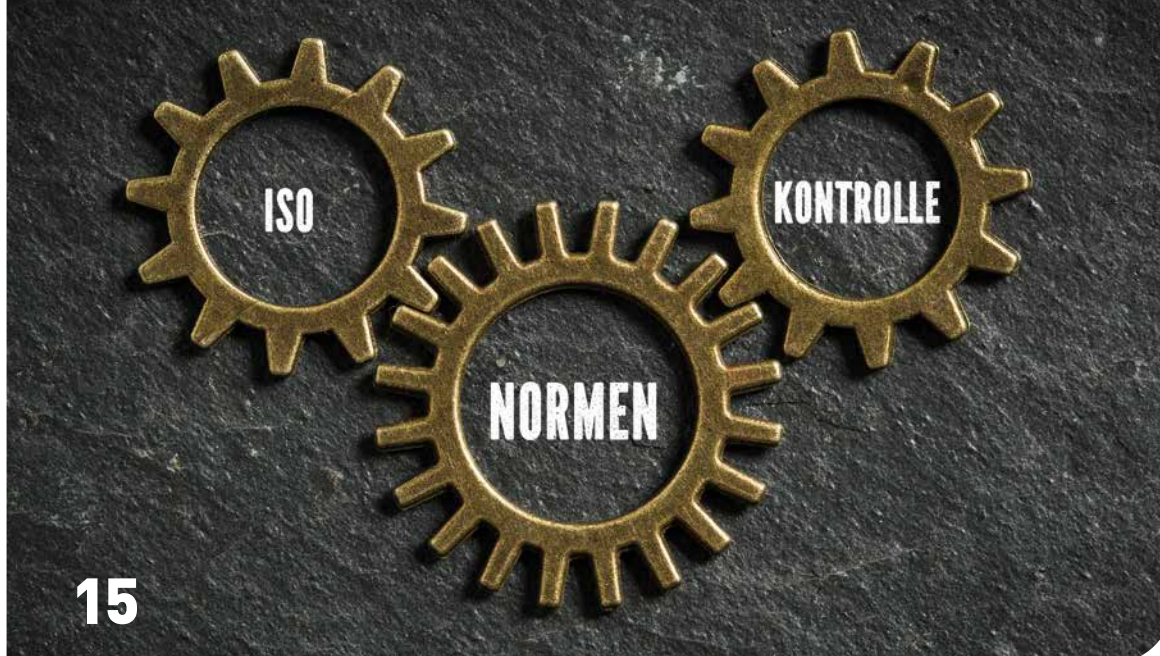
Fast vier Jahre nach Einführung der Datenschutzgrundverordnung ist die Unsicherheit noch immer groß.



### Mut statt Hoffnungslosigkeit „Ich hätte noch so viel zu sagen“

14

MIT-Mitglied Linnéa Findekle ist unheilbar krank. Wie ist es, nur noch ein Jahr Leben vor sich zu haben?



15

Industriestandards

**Machtkampf um Normen**

15

Während China immer stärker daran arbeitet, globale Industrienormen festzusetzen, droht Europa von der asiatischen Supermacht abgehängt zu werden.

**MIT:INTERVIEW**

Streitgespräch

**„Das Individuum muss vor dem Kollektiv stehen“**

20

Wie könnte eine Vision von Deutschland im Jahr 2030 aussehen?

Ein Auszug aus dem Streitgespräch des 15. Bundesmittelstandstages.



20

**MIT:ERKLÄRT**

Heimliche Steuererhöhungen

**Was ist die „kalte Progression“?**

26

Ausgerechnet im Jahr der höchsten Inflation will sich die Ampel-Koalition vor der Steuersenkung drücken. Was bedeutet das für den Steuerzahler?

**MIT:DEBATTE**

Pro &amp; Contra

**Sollte es jetzt bald einen Freedom Day geben?**

28

Jana Schimke und Stephan Pilsinger diskutieren.

**MIT:FAKTEN**

6

Kernkraft ist klimafreundlich, immer mehr Unternehmen wollen die Preise erhöhen – und das trifft vor allem Ältere und Ärmere.

**MIT:INSIDE**

EU-Check

30

Neustart der MIT geglückt –

Bundesmittelstandstag 2021

32

Der neue MIT-Bundesvorstand 2022 – 2024

34

34. CDU-Parteitag

36

Neumitglieder

37

Mitgliederstatistik

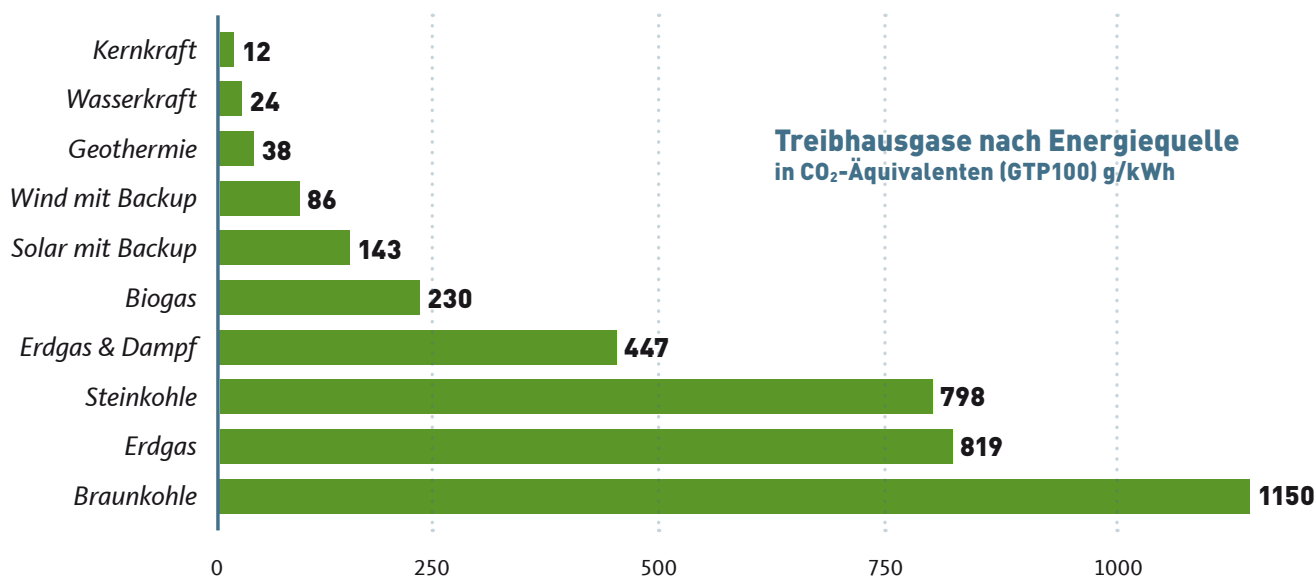
38



## Kernkraft ist klimafreundlichste Energiequelle

Bei der Erzeugung von Strom werden enorme Mengen Treibhausgase ausgestoßen. In Deutschland belasten vor allem Braunkohle-Kraftwerke das Klima. Gas- und Steinkohle-Kraftwerke emittieren ebenfalls viele Treibhausgase. Wie die Grafik anhand verschiedener Studien weiter zeigt, ist auch Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind

oder Solar keineswegs CO<sub>2</sub>-neutral. Denn diese benötigen weitere Backup-Kraftwerke, um Flauten auszugleichen. Die klimafreundlichste Energiequelle hingegen ist die Kernkraft. Dementsprechend will auch die Europäische Union die Kernkraft in Zukunft als nachhaltigen Energieträger einstufen, gegen großen Widerstand aus Österreich und Deutschland.



Quellen: IPCC AR5 (2018), AG Energiebilanzen (2019), Umweltbundesamt (2020), Hsu et al (2012), Peht et al (2008), Energy Charts (2018)

## Unternehmen wollen Preise erhöhen

Fast jedes zweite deutsche Unternehmen will innerhalb der nächsten drei Monate die Preise erhöhen. Das geht aus einer Konjunkturumfrage des Ifo-Instituts unter mehreren Tausend Unternehmen hervor. „Die Unternehmen geben die gestiegenen Kosten für Energie sowie bei der Beschaffung von Vorprodukten und Handelswaren an ihre Kunden weiter. Das wird bis auf die Verbraucherpreise durchschlagen“, sagt Ifo-Ökonom Timo Wollmershäuser. Das Institut geht davon aus, dass die Inflationsrate in diesem Jahr bei vier Prozent liegen wird. Im

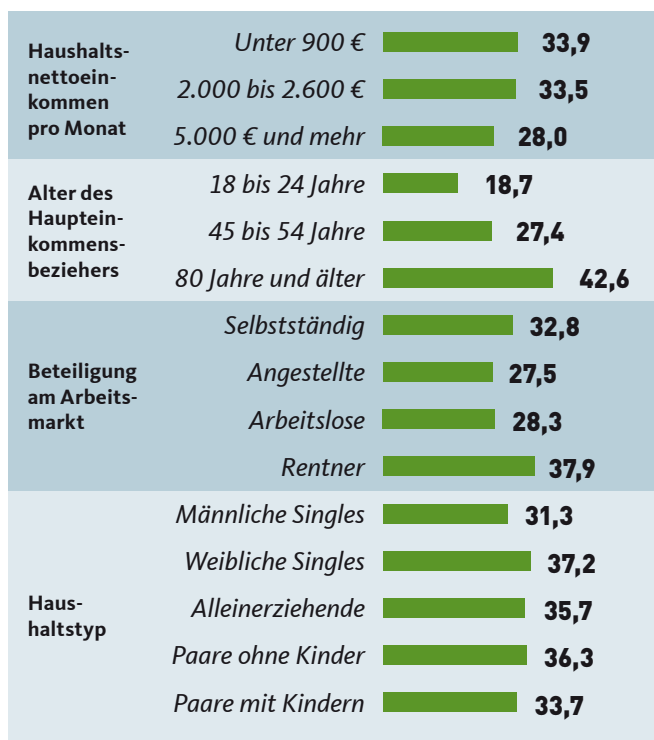
Dezember war das Institut noch von einem Anstieg der Lebenshaltungskosten um 3,3 Prozent ausgegangen.

Im Schnitt durch alle Wirtschaftszweige wollen der Befragung zufolge 46 Prozent der Unternehmen ihre Preise erhöhen, im Handel sind es aber noch deutlich mehr. So planen der Umfrage zufolge über 60 Prozent der Großhändler und knapp 58 Prozent der Einzelhändler Preiserhöhungen. Unter dem Schnitt liegen Dienstleister mit 41,9 Prozent und das Baugewerbe mit 41,5 Prozent.

# Deutschlands älteste Familienunternehmen

Die zehn ältesten Unternehmen Deutschlands behaupten sich schon seit 400 Jahren und länger. In einem Ranking der Stiftung Familienunternehmen reihen sich 50 Industriebetriebe, Banken und Handelsunternehmen in allen Größen. „Über Jahrhunderte waren diese Unternehmen Stabilitätsanker und Fels in der Brandung“, sagt Stefan Heidbreder, Geschäftsführer der Stiftung Familienunternehmen. „Sie sind es auch heute, in diesen sorgenvollen Zeiten, in denen Unsicherheit herrscht über die Pandemie, die internationale Sicherheitslage, die Inflation, die hohen Energiepreise und die Brüche in den Lieferketten.“ Professor Tom Rösen von der Universität Witten/Herdecke nennt als Hauptfaktor für ihre Widerstandskraft „strikte Kundenorientierung“. Zudem führe „der unbedingte Wille, das Unternehmen an die Kinder- und Enkelgeneration weiterzugeben“, zu einem nachhaltigen Umgang mit Mitarbeitern, Lieferanten, Heimat und Umwelt.

	Unternehmen Bereich	Gründung	Ort	Bundesland
1	<b>The Coatinc Company</b> Verzinkungen	1502	Siegen	NRW
2	<b>Prym Group</b> Nähzubehör, Automobilzulieferer	1530	Stolberg	NRW
3	<b>Freiherr von Poschinger Glasmanufaktur</b> Glasmanufaktur	1568	Frauenau	Bayern
4	<b>Wiegand-Glas</b> Glas-Verpackungen	1570	Steinbach am Wald	Bayern
5	<b>Pfeiler Seil- und Hebetechnik</b> Seilerei	1579	Memmingen	Bayern
6	<b>Glocken- und Kunstgießerei Rincker</b> Glockengießerei und Wartung	1590	Sinn	Hessen
7	<b>Berenberg Bank</b> Privatbank	1590	Hamburg	Hamburg
8	<b>Schaeff Group</b> Beteiligungen und Beratung	1596	Schwäbisch Hall	BaWü
9	<b>Von Stern'sche Druckerei</b> Druckereierzeugnisse	1614	Lüneburg	NDS
10	<b>Heinz-Glas</b> Parfumflacon-Produzent	1622	Kleintettau	Bayern

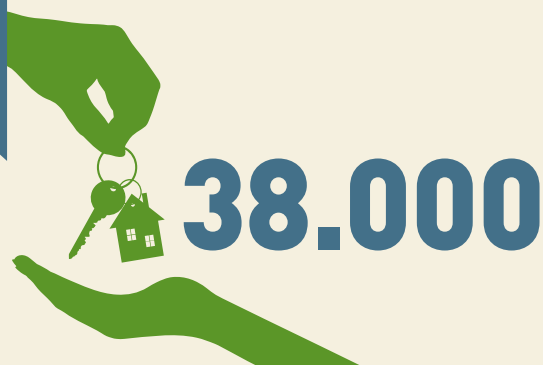


Quelle: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

## Ältere stärker von Inflation betroffen

Der Anstieg der Verbraucherpreise trifft ärmere und ältere Haushalte härter als reichere oder jüngere. Ein wesentlicher Grund dafür ist ihr unterschiedliches Konsumverhalten. Zum einen sinkt etwa mit zunehmendem Einkommen der Anteil der Nahrungsmittel am gesamten Konsum eines Haushalts. Lebensmittel haben sich allerdings überdurchschnittlich stark verteuert. Zum anderen geben reichere Haushalte tendenziell einen größeren Anteil ihres Budgets für Elektronikprodukte aus – und diese sind seit Mitte der 1990er Jahre deutlich günstiger geworden. Den gleichen Effekt macht das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer Betrachtung nach Altersgruppen aus: Denn gerade jüngere geben ihr Geld eher für neue Fernseher, Smartphones oder Computer aus. Dagegen spielt für ältere Haushalte eher das Thema Gesundheit eine Rolle – und deren Preise stiegen im Betrachtungszeitraum (1995 bis 2021) verhältnismäßig stark. Aus Sicht des IW kann die Politik auf die individuellen Inflationsraten wenig Einfluss nehmen. Negative Inflationseffekte ließen sich aber dadurch abmildern, dass die kalte Progression im Einkommensteuertarif reduziert oder abgeschafft würde (siehe auch S. 26).

## „Angezählt“



Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) in Bonn schätzt seit Beginn der 1990er Jahre in regelmäßigen Abständen die Anzahl der anstehenden Unternehmensübertragungen in Deutschland. Nach aktuellen Schätzungen steht zwischen 2022 bis 2026 in rund 190.000 Familienunternehmen die Übergabe an. Das entspricht jährlich 38.000 Mittelständlern. Aus Sicht des IfM stehen weniger Nachfolgen an als oftmals angenommen. Aufgrund unterschiedlicher Datengrundlagen rechnen andere Institute mit deutlich mehr anstehenden Übertragungen.

# Was uns Ludwig Erhard heute noch zu sagen hat

Von René Höltschi

Vor 125 Jahren wurde Ludwig Erhard geboren, der als Wirtschaftsminister wesentlich zum deutschen „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit beigetragen hat. Erhard ist zwar bei Lichte betrachtet weder der einzige Vater der Sozialen Marktwirtschaft, noch hat er Wunder bewirkt. Gleichwohl hat er sich als Wirtschaftsminister bleibende Verdienste erworben, weil er den Mut zu gewagten Entscheiden im Dienste einer liberalen Wirtschaftsordnung aufbrachte.

Zwei Beispiele mögen genügen. 1948 setzte Erhard – damals war er Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der westlichen Besatzungszonen – die Preisliberalisierung durch. Zusammen mit der von den Alliierten vorbereiteten Währungsreform gab er die bis dahin administrierten Preise für eine Vielzahl von Produkten frei. Davon abhalten ließ er sich weder von einem Generalstreik noch von den anfänglichen Preissteigerungen oder Bedenken der Alliierten. Mit Erfolg: Die Schwarzmärkte verschwanden, die Geschäfte füllten sich mit Waren. Und als Wirtschaftsminister war Erhard 1957 federführend bei der Neuordnung des Kartellrechts mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, diesmal gegen heftigen Widerstand der deutschen Industrie.

## „Wände voll neuer Gesetze“

Deutsche Politiker berufen sich in Sonntagsreden bis heute auf Erhard. Doch im werktäglichen Tun ist von



**Dr. René Höltschi** (62) ist Wirtschaftskorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ). Der promovierte Volkswirt arbeitet seit 1988 bei der NZZ. Er war Wirtschaftsredaktor in Zürich sowie Korrespondent in Paris, Wien und Brüssel. Seit 2019 arbeitet er in Berlin.

Erhards Grundsätzen allzu häufig wenig zu spüren. Vielmehr sind die „Wände voll neuer Gesetze“, von denen Erhard 1974 sprach, weiter gewachsen und haben das Land mit lähmender Bürokratie überzogen. Im Tandem mit einem erschreckenden Rückstand bei der Digitalisierung hemmt sie Wachstum und Innovation.

So kommt es, dass Teslas neue Autofabrik bei Berlin zwar fast fertiggestellt ist, deutsche Beamte aber noch immer über dem Genehmigungsantrag brüten. So kommt es, dass die Energiewende nicht vorankommt, weil die Genehmigung jedes neuen Windkraftwerks Jahre dauert und die Leitungen, die Strom vom windreichen

Norden und Osten in den industriellen Süden und Westen transportieren sollen, kaum zeitgerecht fertig werden.

Allerdings wäre es unfair, Verstöße gegen Grundzüge der Marktwirtschaft allein der Politik anzulasten. Misstrauen gegenüber dem Markt ist in breiten Bevölkerungsschichten ebenso weit verbreitet wie Risikoaversion und Staatsgläubigkeit; auch rufen Unternehmen allzu gerne nach Subventionen. Ob die Energiepreise steigen oder die Wohnungsmieten: Viele Deutsche verstehen das nicht als Knappheitssignal, das nach einer Ausweitung des Angebots oder einer Anpassung der Nachfrage verlangt, sondern als Problem, das der Staat subito abzustellen hat.

## Der richtige Rahmen

Mit Vizekanzler Habeck steht nun erstmals ein grüner Politiker dem Bundeswirtschaftsministerium vor. Er ist zugleich Klimaschutzminister und damit eine Schlüsselfigur in der von der Ampelregierung angestrebten Transformation hin zu einer klimaneutralen „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“.

Klimaschutz war zu Zeiten Erhards noch kein Thema. Doch in Anlehnung an dessen Schiedsrichter-Metapher muss eine marktwirtschaftliche Klimapolitik einen einschlägigen Rahmen setzen, ohne in Einzelentscheidungen einzugreifen. Das Instrument der Wahl hierzu ist der Emissionshandel, wie er teilweise bereits besteht: Durch die



Ausgabe handelbarer Zertifikate legen der Staat bzw. die EU fest, wie viel Treibhausgase maximal ausgestoßen werden dürfen. Wo die Einsparungen mit welcher Technologie erreicht werden, wird hingegen dezentral von den Unternehmen und Konsumenten entschieden, angeleitet durch den Marktpreis für die Emissionszertifikate.

Die „Ampel“ bekennt sich zwar im Koalitionsvertrag zu einem Ausbau des Emissionshandels und einem steigenden CO<sub>2</sub>-Preis, verbunden mit einem sozialen Ausgleich. So ganz scheint sie dem Instrument aber nicht zu trauen: Sie will es mit einer Vielzahl von Förderungen, Geboten und Verboten ergänzen, von der Solardachpflicht für gewerbliche Neubauten bis zu Mindestquoten für klimafreundliche Produkte in der öffentlichen Beschaffung. Sie läuft damit Gefahr, dass der Klimaschutz ähnlich ineffizient und teuer bleibt wie unter den bisherigen Regierungen.

### Habeck an Taten messen

Auch außerhalb der Klimapolitik enthält der Koalitionsvertrag vieles, was schlecht in eine Wettbewerbswirtschaft passt, darunter die politisch bestimmte Erhöhung des Mindestlohns und eine Verlängerung der Mietpreisbremse.

Interessant wird sein, Habecks Entwicklung zu verfolgen. Wie offen ist er, der als Pragmatiker gilt und für die Transformation private Investitionen in Massen benötigt, für Argumente aus der Wirtschaft? Gab es im Entwurf zum Jahreswirtschaftsbericht, den er Ende Januar vorgestellt hat, auffällige Wachstums- und Kapitalismuskritik, ist diese aus dem Endprodukt jedenfalls weitgehend verschwunden. Stattdessen sagte der Minister bei der Vorstellung Sätze wie diese: „Ich weise nochmal darauf hin, dass Soziale Marktwirtschaft bedeutet, dass der

Staat nicht alles regelt.“ Oder: „Subventionen sind immer nur die Ultima Ratio in der Marktwirtschaft.“

Auch Habeck wird man an seinen Taten messen, nicht an solchen Worten. Zumindest mit einem aber scheint es der „Ampel“ ernst zu sein: mit der Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, ohne die die Klimawende nicht zu schaffen sein wird. Das ist ein dickes Brett, doch ein Schuss Optimismus sei erlaubt: Vielleicht kann ein grüner Vizekanzler am ehesten die Kompromisse durchsetzen, die nötig sein werden zwischen Arten- und Naturschutz auf der einen und Infrastrukturausbau auf der anderen Seite, zwischen akribischer Suche von Zauneidechsen auf dem Tesla-Baugelände

und raschen Beschlüssen. So wie es einst den Sozialdemokraten Gerhard Schröder gebraucht hat, um verkrustete Arbeitsmärkte aufzubrechen.

Habeck selbst hat an der Medienkonferenz, nachdem er auch noch die Bedeutung des Kartellamts hervorgehoben hatte, hinzugefügt: „Das klingt immer so ein bisschen verstaubt: das Kartellamt. Man denkt an Ludwig Erhard und Zigarrenrauch.“ Fast schien er selbst erstaunt, dass ausgerechnet er an seinen berühmten Vorgänger erinnert. Er möge sich gerne weiterhin erinnern – „mehr Erhard“ würde Deutschland gewiss nicht schaden. ●

*Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.*

In seinem Werk „Wohlstand für Alle“ beschrieb Ludwig Erhard vor 65 Jahren seine ordoliberalen Grundüberzeugung: Der Staat müsse wie ein Schiedsrichter einen fairen, freien Wettbewerb ermöglichen, aber er dürfe nicht selbst mitspielen.



HEMMSCHUH DSGVO

# Viel Aufwand, wenig Verständnis

Foto: greenbutterfly/stock.adobe.com

Die europäischen Datenschutzbehörden haben erstmals mehr als eine Milliarde Euro an Bußgeldern verhängt. Nicht nur große Internetkonzerne, auch kleine Unternehmen und Privatpersonen sind betroffen. Die Unsicherheit über die komplexen Vorgaben ist noch immer groß.

Es war eine E-Mail-Flut voller Sorgen, Ärger und Protest: Vor fast vier Jahren quollen die Postfächer in der MIT-Bundesgeschäftsstelle und bei fast allen Bundestagsabgeordneten über. Mittelständler aus ganz Deutschland, aber auch Wirtschaftsverbände blickten mit großer Sorge auf das bevorstehende Inkrafttreten der neuen Datenschutzregeln. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union wurde zwar schon 2016 beschlossen, aber scharf geschaltet wurde sie zum 25. Mai 2018. In allen Betrieben mussten neue Prozesse eingeführt, Beauftragte ernannt, Dateien durchforstet werden. Und viele hatten Angst, dass sie Abmahnungen von dubiosen Anwaltskanzleien oder Bußgeldbescheide von Behörden erhalten würden.

Seit bald vier Jahren gilt in der Europäischen Union die umstrittene Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Eigentlich sollte die Neuregelung vor allem große Datenkonzerne wie Facebook und Google an die Leine nehmen. Doch noch heute ist der Ärger auch im Mittelstand groß.

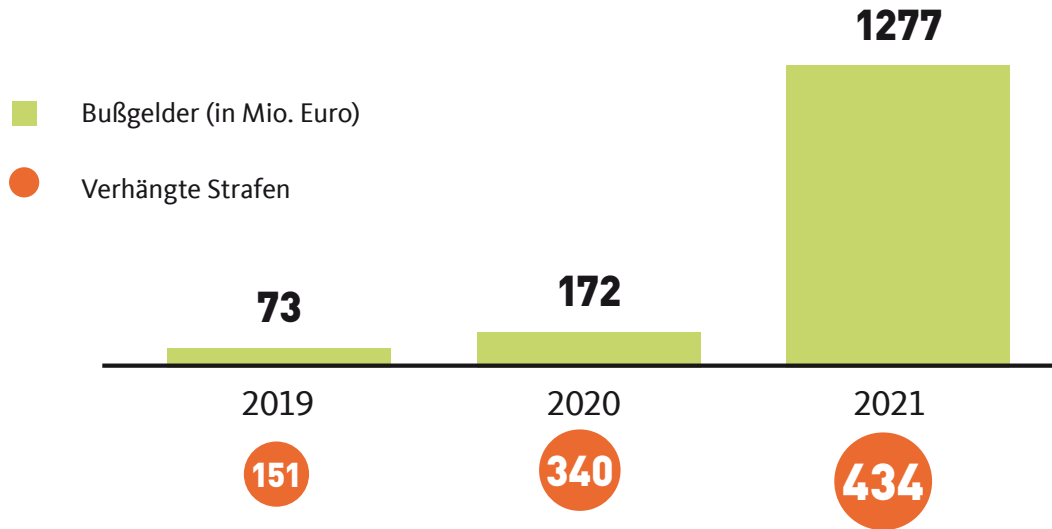
„Viel Aufwand, unterschiedliche Handhabungen und viel Unwissen und Unverständnis bei unseren Kunden und Lieferanten.“ – dieses eindeutige Fazit zieht das ostwestfälische Familienunternehmen Ornamin-Kunststoffwerke mit Sitz in Minden. Um die Vorgaben der neuen Verordnung richtig umzusetzen, musste das Unternehmen einige Mitarbeiter erst einmal zu Schulungen schicken, damit sie die Ausbildung zum betrieblichen Datenschutzbeauftragten erlangen. „Es ist für uns bis heute eine Herausforderung, immer auf dem aktuellsten datenschutzrechtlichen Stand zu bleiben. Die Gefahr ist einfach zu groß, dass wir Neuerungen oder Veränderungen verpassen und uns somit angreifbar machen“, teilt der Hersteller von nachhaltigem Mehrweg-Geschirr auf Anfrage mit.

### Bußgeldhöhe versiebenfacht

Zu dieser Sorge hat das Unternehmen allen Grund. Im vergangenen Jahr wurden aufgrund von Verstößen gegen geltendes Datenschutzrecht EU-weit erstmals mehr als eine Milliarde Euro an Bußgeldern verhängt. Einer Analyse der Rechtsanwaltskanzlei DLA Piper zufolge standen zwischen Ende Januar 2021 und Mitte Januar 2022 rund 1,1 Milliarden Euro an Strafen zu Buche. Das Portal enforcementtracker.com kommt in einer Auflistung für das vergangene Jahr sogar auf rund 1,3 Milliarden Euro. In beiden Fällen würde das in etwa einer Versiebenfachung gegenüber den Vorjahreswerten entsprechen.

## DSGVO-Bußgelder knacken 2021 die Millardengrenze

(Sanktionen aufgrund von Verstößen gegen die DSGVO)



Quelle: Enforcementtracker.com

Die Zahl der Verstöße stieg dem Online-Portal zufolge jedoch „nur“ von 340 auf 434 an. Der sprunghafte Anstieg liegt also in der Höhe der Strafen begründet. So wurde etwa Amazon von der Datenschutzbehörde in Luxemburg zu einer Geldstrafe von 746 Millionen Euro verdonnert. Der Messenger-Dienst WhatsApp bekam von den irischen Datenschützern eine Strafe von 225 Millionen Euro auferlegt. Dass so hohe Strafen möglich sind, liegt daran, dass Unternehmen mit bis zu vier Prozent des weltweiten Jahresumsatzes belangt werden können.

**„Umso kleiner das Unternehmen, desto gravierender werden die Auswirkungen.“**

Professor Volker Lüdemann

### Aufwand für kleine Betriebe größer

Aber auch kleinere Unternehmen wurden belangt, etwa die Fußball-Abteilung des VfB Stuttgart wegen „fahrlässiger Verletzung der datenschutzrechtlichen Rechenschaftspflicht“ im Zusammenhang mit einem externen Dienstleister. Das Bußgeld lag bei 300.000 Euro.

Auch wenn die grundlegende Umsetzung der DSGVO in vielen Betrieben mittlerweile geschafft ist, bleibt doch eine gewisse Unsicherheit bestehen. „Umso kleiner das Unternehmen, desto gravierender werden die Auswirkungen“, sagt Professor Volker Lüdemann, wissenschaftlicher

Leiter des niedersächsischen Datenschutzzentrums und Professor für Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht an der Hochschule Osnabrück. Ein großer Konzern habe den Vorteil, dass er die vorhandenen Spielräume mit seinem eigenen Rechtsteam ausfindig machen könne. Kleine und mittlere Unternehmen hätten dafür weder die Kapazitäten noch die Ressourcen oder die Risikobereitschaft. „Auskunftspflichten, Haftungspflichten und der damit verbundene bürokratische Aufwand sind dabei vor allem den kleinsten Unternehmen und dem Ehrenamt zu viel“, beobachtet Lüdemann.

### „Enormer Misstrauensbeweis“

Ein neuer Aspekt, den die DSGVO mit sich bringt, ist die Umkehr der Beweislast. Es genügt demnach eine einfache Behauptung der Datenverletzung – und das Unternehmen, die Organisation oder der Verein müssen nachweisen, dass es keinen Datenschutzverstoß gegeben haben kann. „Die Umkehr der Beweislast ist vom Grunde her schon kritisch. Es ist ein enormer Misstrauensbeweis gegenüber Unternehmen“, sagt Lüdemann. „Man sagt damit aus: Das Unternehmen verhält sich grundsätzlich

nicht rechtstreu und der Verbraucher hat immer Recht. Doch auch unter den Verbrauchern gibt es schwarze Schafe“, so der Wettbewerbsrechtler.

Mit der Einführung der DSGVO sollten EU-weit einheitliche Regeln gelten. Doch das ist in zweierlei Hinsicht problematisch. Zum einen gelten für Großkonzerne fast die gleichen Regeln wie für einen Angelverein. Zum anderen war die Harmonisierung innerhalb der EU nicht erfolgreich. Da in jedem Land ein anderes Rechtssystem herrscht, wird auch die DSGVO anders umgesetzt. Zahlreiche Klauseln ermöglichen Sonderwege für die Mitgliedsstaaten und die Umsetzung in der Praxis zeigt zahlreiche Unterschiede. Erschwerend kommt hinzu, dass innerhalb von Deutschland die Landesaufsichtsbehörden unterschiedliche Auffassungen vertreten – obwohl sie für die Abstimmung vom Rechtsrahmen auf die Anwendung in der Praxis zuständig sind. Somit besteht bereits in Deutschland ein Flickenteppich aus Vorgaben und Regelungen.

### Behörden geben kaum Hilfestellung

„Bei vielen Aufsichtsbehörden gibt es keine praxistauglichen Vorlagen. Die Kosten der Umsetzung wurden einfach auf die Unternehmen abgewälzt“, kritisiert Lüdemann. Das Datenschutz-

management soll sofort und ohne größere Probleme neben dem eigentlichen Geschäft umgesetzt werden. Theoretische Vorgaben sollen ohne konkrete Angaben in die Praxis des Alltags integriert werden. Bei dieser Umsetzung der DSGVO und der Zusammensetzung mit anderen rechtlichen Vorgaben sind Betriebe nach wie vor auf sich alleine gestellt.

Dies führt bei den Unternehmen nicht nur zu enormen Kosten und hohem Ressourcenaufwand. Professor Lüdemann sieht das größte Problem in der Rechtsunsicherheit. „Die hohen Dokumentations- und Informationspflichten gehen völlig an der Praxis vorbei“, sagt er. Kunststoffproduzent Ornamin hat dazu einen Wunsch: „Um diese Unsicherheiten zu minimieren, würden wir uns beispielsweise eine Plattform wünschen, auf der alle aktuellen Informationen rund um die DSGVO abrufbar sind.“

### Hemmschuh für Innovationen

Darüber hinaus scheinen Datenschutz und Innovationsvorhaben im Gegensatz zueinander zu stehen. Die Angst vor Strafzahlungen und der erhöhte Umsetzungsaufwand hemmen den unternehmerischen Enthusiasmus im Digitalisierungsprozess. Das betrifft vor allem den Einsatz von neuen Technologien. Die DSGVO ist eigentlich zum Schutz vor den großen „Big Data“-Unternehmen ins Leben gerufen worden. Genau die stehen bei guter rechtlicher Beratung unter der DSGVO jedoch fast besser da als vorher. Für alle anderen bedeutet es Nachteile. Dieser Umstand kann ein massiver Standortnachteil für Deutschland werden.

„Nicht selten tötet der Datenschutz ganze Geschäftsmodelle. Damit behindern wir unternehmerische Aktivitäten. Das Restrisiko ist vielen einfach zu hoch“, berichtet Lüdemann, dessen Institut eng mit Unternehmen zusammenarbeitet. Die immer steigenden Datenschutzerfordernisse seien daher nicht nur eine zusätzliche Belastung in der aktuellen Krise, sondern hemmen darüber hinaus auch innovative Projekte und die Digitalisierung.

Kunststoffproduzent Ornamin befürchtet auch eine zunehmende Überbürokratisierung. Denn dadurch verlore die DSGVO ihre eigentliche Wirkung. „Wir wünschen uns, dass die DSGVO einheitlicher, einfacher und schlanker wird. Wenn sie verständlich und handhabbarer wäre, hätte dies Vorteile sowohl für die zu Schützenden als auch für die Beauftragten.“

„Gut gemeint ist eben nicht gut gemacht“, fasst Lüdemann zusammen. „Es wurde viel Licht auf die Probleme geworfen, aber vor allem Schatten erzeugt. Vieles ist komplizierter geworden. Bei näherem Hinsehen aber Weniges besser.“ ●

*Datenschutzexperte Volker Lüdemann sieht das größte Problem der DSGVO in der fehlenden Rechtssicherheit. „Die hohen Dokumentations- und Informationspflichten gehen völlig an der Praxis vorbei“, sagt der Hochschul-Professor.*



**Alina Kemper**  
Redakteurin  
kemper@mit-bund.de

## MUT STATT HOFFNUNGSLOSIGKEIT

# „Ich hätte noch so viel zu sagen“

MIT-Mitglied Linnéa Finklee ist unheilbar krank. Im Mittelstandsmagazin beschreibt die junge Frau, die auf Twitter viele Follower hat, welche persönlichen und politischen Wünsche sie hat. Und wie es ist, nur noch ein Jahr Leben vor sich zu haben.

Ich bin 24 Jahre alt, Medizinstudentin und träume schon lange davon, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Doch es kam anders. Vor einigen Monaten wurde bei mir ein aggressiver Hirntumor entdeckt. Die Ärzte gaben mir „vielleicht noch ein Jahr“, wie man so sagt.

Der Tod ist nichts, womit sich die Menschen gerne beschäftigen. Den meisten ist das Thema unangenehm. Das merkte ich schon früh – nach dem Unfalltod meiner Mutter. Niemand wollte damals so richtig darüber reden. Niemand außer mir. Ich war ein

Kind, das gerade erfahren hat, was Verlust und Einsamkeit ist. Ich hätte gerne eine Erklärung bekommen. Es gibt Menschen, die mich vermissen werden. Menschen, die mich schätzen und lieben. Menschen, die sich wünschen würden, dass ich noch länger bleiben darf. Das zu wissen tut gut. Doch ihnen keine großen Hoffnungen machen zu können, das tut weh.

Ich möchte noch etwas erleben. Ein großer Wunsch von mir wäre es, noch einmal Weihnachten feiern zu können. Die Weihnachtszeit mit all ihren Lichtern und wohligen Gerüchen war für mich immer die schönste Zeit des Jahres. Habe ich Angst vor dem Tod? So komisch das vielleicht klingen mag, aber: die habe ich nicht. Sterben müssen wir schließlich alle einmal. Viele werden von einem Moment auf den anderen, und ohne jede Vorwarnung, einfach so aus diesem Leben gerissen. Sie haben keine Gelegenheit, ihre Dinge zu regeln, sich von den Menschen, die sie lieben, zu verabschieden, und noch so viel von dem, was sie gerne noch tun möchten, zu tun. Mir wurde zumindest rechtzeitig Bescheid gesagt.

Trotzdem habe ich das Gefühl, dass ich noch so viel zu sagen hätte. Mehr als es mir meine übrig gebliebene Le-

benszeit erlauben wird. Das Gefühl, den Menschen etwas zu sagen zu haben, war schließlich nicht zuletzt auch der Grund, warum ich mich einst dafür entschieden habe, politisch aktiv zu werden und auch in die MIT einzutreten. Ich wollte denen eine Stimme geben, die sonst in diesen Zeiten nicht mehr gehört werden – oder, vielleicht noch schlimmer, durch die in den letzten Jahren immer stärker gewordene „Cancel Culture“ zum Schweigen gebracht werden. Das habe ich selbst erlebt in den sozialen Medien, durch Beleidigungen und unfaire Angriffe von links und ganz rechts, sogar durch handfeste Drohungen. Heute kann ich fast schon darüber lachen. Weil mir im Angesicht des Todes bewusst wird, wie unbedeutend es ist, welche Meinung andere von einem haben. Und drohen kann mir in meiner Situation sowieso keiner mehr. Womit denn auch? Ich werde jedenfalls ganz sicher bis zum letzten Atemzug meine Stimme erheben. Für die Freiheit, für Marktwirtschaft, für die Werte, an die ich glaube – und für das Leben, auch das Ungeborene! Mit Entsetzen sehe ich die aktuellen Entwicklungen beim Thema Abtreibung. Ich werde dagegen aufstehen, anschreiben und anreden. Solange ich nur kann.

Mit dieser Nachricht auf Twitter hat MIT-Mitglied Finklee im Dezember 2021 ihre Follower über ihren absehbaren Tod informiert.

Linnéa Finklee  
@Dr\_Konservativ

Liebe Follower,  
Ich bin Med-Studentin & habe ca 1 Jahr länger zu leben (Gehirntumor)

Ich habe einen Wunsch:  
Bitte spendet für die Kinderklinik Tübingen.  
Empfänger: Hilfe für kranke Kinder-Die Stiftung  
IBAN: DE61 6415 0020 0000 5548 55  
BIC: SOLADES1TU (Kreissparkasse Tübingen)





INDUSTRIESTANDARDS

# Machtkampf um Normen

Anfang Februar hat die Europäische Kommission ihre Standardisierungsstrategie vorgestellt. Damit will die EU ihre Vormachtstellung in Sachen Normung verteidigen. Denn während China immer stärker daran arbeitet, Industrienormen festzusetzen, droht Europa von der asiatischen Supermacht abgehängt zu werden.

**N**ormen und Standards bestimmen die globalen Märkte. Sie sorgen dafür, dass das Papier in den Drucker passt, Schuhgrößen klar definiert sind und sich chinesische Container auf deutschen Frachtern stapeln lassen. „Wer den Standard setzt, dem gehört der Markt“, sagt Julian Pinnig, Sprecher des Deutschen Instituts für Normung (DIN). Das sei gerade für Exportnationen wie Deutschland wichtig. „Deutschland hat die Normung bereits sehr frühzeitig strategisch eingesetzt und sich stark engagiert. Auch heute noch ist Deutschland einer der wichtigsten Player in der internationalen Normung“, sagt Pinnig.

## Chinas Einfluss wächst stark

Das lässt sich auch daran ablesen, dass deutsche Experten noch immer die meisten Projekte und Sekretariate beim Europäischen Komitee für Normung (CEN) und bei der Internationalen Organisation für Normung (ISO) leiten. Beim ISO lassen die DIN-Vertreter unter anderem die amerikanischen und französischen Kollegen weit hinter sich.

„Zwar kann kein Land im Alleingang einen Standard setzen“, sagt Pinnig. „Die Anzahl der von einem Land gehaltenen Sekretariate ist aber sicherlich ein guter Gradmesser für dessen Einfluss bei ISO.“ Und hier hat zuletzt vor allem eine Volkswirtschaft aufgeholt. Die von China besetzten ISO-Sekretariate haben sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt.

### „Europa muss Standard-Setzer bleiben“

Die deutsche Wirtschaft ist deshalb alarmiert. „Insbesondere bei der Normung und Standardisierung von Zukunftstechnologien läuft Europa Gefahr, von China abgehängt zu werden“, sagt Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). Mit „großer Sorge“ beobachtet die Industrie die „gezielte internationale Verbreitung von staatlich getriebenen, nationalen Technologiestandards aus China“. Der BDI schätzt den volkswirtschaftlichen Nutzen der Normen und technischen Regeln allein in Deutschland auf 17 Milliarden Euro pro Jahr. „Die europäische Wirtschaft muss Standard-Setzer von Normen bleiben – und darf nicht zum Standard-Nehmer von Normen werden“, fordert Russwurm.



## „Die europäische Wirtschaft muss Standard-Setzer von Normen bleiben – und darf nicht zum Standard-Nehmer von Normen werden.“

Siegfried Russwurm, BDI-Präsident

Auch die deutsche Digitalwirtschaft warnt vor einer Verschiebung: „Europa und Deutschland haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der internationalen Normung an Boden verloren und speziell in den Bereichen Software und Künstliche Intelligenz nie richtig Fuß gefasst“, sagt Achim Berg, Präsident des Digitalverbands Bitkom. Es sei daher „höchste Zeit“, dass sich die EU eine Strategie zur Standardisierung in der Wirtschaft verpasse.

### Prozesse sollen beschleunigt werden

Nun steuert die EU mit einer neuen Standardisierungs-Strategie um. „Wir wollen unsere Standards sichtbarer machen und damit auch auf die globale Entwicklung stärker Einfluss nehmen“, erklärte Bin-

nenmarktkommissar Thierry Breton. Normungsprozesse, die Jahre dauern können, sollen künftig schneller über die Bühne gebracht werden. Zudem sollen sich die zuständigen Behörden besser austauschen. Dazu soll unter anderem ein Gesetz zur Normung überarbeitet werden. Die EU-Kommission betonte, dass für sie eine führende Rolle in den wichtigsten Gremien für Normung von entscheidender Bedeutung sei. Die Europaabgeordneten und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) Europe, Markus Pieper und Markus Ferber, begrüßten den Aufschlag: „Als Scharnier zwischen Industrie und Politik kann die Strategie maßgeblich dazu beitragen, dass Europa auch weiterhin weltweit Maßstäbe setzt“, sagte Pieper. Der PKM hätte sich jedoch einen breiteren Blickwinkel auf den Mittelstand gewünscht, gerade wegen der höheren Anforderungen durch den Green Deal: „Auch hier werden einfache und einheitliche Standards benötigt, die einer im Konsens erarbeiteten Norm entsprechen müssen“, sagte Ferber. „Deshalb müssen die Industrie und insbesondere der innovative Mittelstand auch in Zukunft mit einer starken Stimme eingebunden werden.“





Binnenmarktkommissar Thierry Breton stellt die Standardisierungsstrategie der Kommission vor. Damit will die EU den wachsenden Einfluss Chinas auf europäische Normen bremsen.

### Wie viel Politik ist gewünscht?

Normen und Standards dürften damit in Zukunft noch politischer werden. Die Meinungen darüber, wie stark sich die Kommission einbringen soll, gehen jedoch auseinander. Der BDI etwa wünscht sich durchaus „mehr konkrete Maßnahmen, wie die EU beispielsweise der Verbreitung chinesischer Standards im Rahmen der chinesischen Seidenstraßen-Initiative entgegenzutreten will“. Sinnvoll seien sogar verstärkte Investitionen in europäisch-chinesische Kooperationen.

Doch gegen die Pläne der Kommission, sich selbst stärker in die Normung einzubringen, wehrt sich der mächtige Industrieverband. „Die Überambition der EU-Kommission, künftig selbst technische Spezifikationen zu erarbeiten, ist nicht gerechtfertigt“, heißt es in einem BDI-Papier. Dafür seien eine umfassende fachliche Expertise und langjährige Erfahrung in der Industrie erforderlich. Auch Bitkom-Präsident Berg mahnt: „Die Normen selbst dürfen nicht von der Kommission, sie müssen von den Unternehmen geschrieben werden.“ Es sei an der Zeit, dass auch die Digitalwirtschaft aktiver in die Normungsarbeit einsteige. Die Politik sollte dies laut Berg unterstützen, indem Kosten ersetzt werden, die den Unternehmen für die Freistellung von Mitarbeitern für die Normungsarbeit entstehen. „Weitere normungsbedingte Kosten der Unternehmen sollten als förderfähige Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen qualifiziert werden“, fordert Berg.

„Bei stark begrenzten Kapazitäten ist es für viele Unternehmen wichtiger, dass ihre Experten neue Produkte entwickeln, anstatt in die Normung zu gehen.“

Julian Pinnig, DIN-Sprecher

### China setzt auf Zukunftsthemen

DIN-Experte Pinnig weist mit Blick auf den politischen Einfluss auf einen zentralen Unterschied zwischen den verschiedenen Normungssystemen hin: „In Deutschland und Europa funktioniert Normung von unten nach oben. Der Staat gibt nicht vor, was genormt wird. Stattdessen ist die Normung privatwirtschaftlich organisiert und von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft getragen“, erklärt Pinnig. Zwar könne die EU-Kommission Normenaufträge vergeben. Die Impulse kämen aber meist von Unternehmen, Forschungsinstituten oder Verbraucherorganisationen. Ganz anders sei es in China: „Dort treibt der Staat das Normungsgeschehen anhand strategischer Interessen voran. Dabei fokussiert sich China vor allem auf Zukunftsthemen: Künstliche Intelligenz, Blockchain, Industrie 4.0, aber auch die Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen haben dort Priorität“, sagt Pinnig.



BDI-Chef Siegfried Russwurm blickt mit Sorge auf die „gezielte internationale Verbreitung von staatlich getriebenen, nationalen Technologiestandards aus China“.

## Der Einfluss Chinas wächst

Zahl der bei den Technischen Komitees bzw. Subkomitees der International Organization for Standardization (ISO) geführten Sekretariate

Land	2010		2020	Veränderung in Prozent
<b>Deutschland</b>	<b>132</b>	↗	<b>134</b>	<b>+2 %</b>
USA	120	↘	102	-15 %
Frankreich	71	↗	78	+10 %
Japan	63	↗	78	+24 %
Großbritannien	72	↗	76	+6 %
<b>China</b>	<b>31</b>	↗	<b>64</b>	<b>+106 %</b>
Schweden	24	↗	26	+8 %
Schweiz	19	→	19	±0 %
Südkorea	16	↗	19	+19 %

Quelle: Expertenkommission Forschung und Innovation

### In Europa fehlen Experten

Bei diesen Zukunftsthemen entstehen derzeit erst die relevanten Normen und Standards. Und China will die Spielregeln aktiv mitbestimmen. „China hat in diesem Punkt enorm aufgeholt und investiert viel Geld in die Normung.

**„Die Normen selbst dürfen nicht von der Kommission, sie müssen von den Unternehmen geschrieben werden.“**

Achim Berg, Bitkom-Präsident

Gleichzeitig hat das Land viele gute Experten, die sich mit großen Know-how in diesen Normungsprojekten engagieren“, sagt Pinnig. Europa falle es teilweise schwer, genug Experten mit entsprechendem Know-how in die Normung zu schicken. „Hier macht sich der Fachkräftemangel bemerkbar. Bei stark begrenzten Kapazitäten ist es für viele Unternehmen wichtiger, dass ihre Experten beispielsweise neue Produkte

entwickeln, anstatt in die Normung zu gehen“, erläutert Pinnig.

Hier könnte Deutschland mehr tun, denn aktuell unterstützt die Bundesregierung nur Firmen, die neu in der Normung sind. Firmen, die schon länger dabei sind, erhalten hingegen keine Unterstützung vom Bund. „Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollten gemeinsam die für uns relevanten Zukunftsthemen identifizieren. Und auf diese Themen sollten wir in der Normung dann einen besonderen Fokus legen, so wie China das auch macht“, findet Pinnig.

### Unterstützung vor allem bei KI

Komplizierter wird es bei Themen wie Datenschutz oder Gesichtserkennungssoftware. Hier spielen nicht nur wirtschaftliche Aspekte eine Rolle. Kulturell haben Europäer größere Bedenken beim Einsatz dieser Technologien. „Wo Normen europäische Werte berühren, sei es beim Datenschutz oder bei Diskriminierungsfreiheit, etwa wenn KI-Systeme in Bewerbungsverfahren entscheiden, muss Europa sich stark in der Normung einbringen“, findet Pinnig. Es sei wichtig, dies mitzudenken, sowohl aus ethischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen. „Erst wenn Verbraucher und Wirtschaft in Europa wissen, dass KI sicher ist und europäischen Wertestandards genügt, wird sie auch wirklich breit genutzt werden.“



**Micha Knodt**  
Redakteur  
knodt@mit-bund.de



**Hubertus Struck**  
CvD/Redakteur  
struck@mit-bund.de



**„Unternehmerisches Engagement wirkt!“**

Manuela Roßbach,  
geschäftsführende  
Vorständin Aktion  
Deutschland Hilft

Als Unternehmen ein Zeichen zu setzen und soziale Verantwortung zu übernehmen zahlt sich aus! Denn die Hilfe kommt Menschen in Not zugute – und gleichzeitig stärken Sie das Engagement Ihrer Mitarbeiter.

In humanitären Notsituationen sind Unternehmen wertvolle Partner. An unserer Seite können sie entscheidend zu überlebenswichtiger Nothilfe und wirksamer Katastrophenvorsorge in Krisengebieten beitragen.

Unternehmerisches Handeln und soziales Engagement gehören fest zusammen. Immer mehr Unternehmen unterstützen Hilfsprojekte, die mit ihrem Kerngeschäft in Verbindung stehen. Diese Zusammenarbeit bietet großartige Chancen!

Hand in Hand lassen sich innovative Ansätze entwickeln. Das kann für Menschen in Not nachhaltig etwas verändern. Am besten geht das mit einem starken Partner, der weiß, worauf es ankommt – also mit einer Hilfsorganisation, die in der Zusammenarbeit mit Firmen erfahren ist.

Liebe Leserinnen und Leser des Mittelstandsmagazins, mit Spenden können Sie mit Ihrem Unternehmen langfristig helfen – und Menschen vor unermesslichem Leid schützen. Mein persönlicher Tipp: Unterstützen Sie Menschen, die unter den Folgen des Klimawandels leiden. Oder Familien, die vor kriegerischen Konflikten wie in Syrien oder im Jemen fliehen müssen. Das sind die brennenden Themen unserer Zeit.

Ihre

Geschäftsführende Vorständin  
von Aktion Deutschland Hilft

PS: Wenn auch Sie sich als Unternehmen engagieren möchten – unser Team berät Sie sehr gerne!

## ALS UNTERNEHMEN HELFEN

Weltweit sind rund 235 Millionen Menschen auf Humanitäre Hilfe angewiesen. Aktion Deutschland Hilft ist Ihr starker Partner für Ihr unternehmerisches Engagement.

In dem Bündnis haben sich mehr als 20 Hilfsorganisationen zusammengeschlossen. Bei Krisen und Katastrophen leisten sie Nothilfe weltweit – gemeinsam, schnell und effektiv.

Gemeinsam können wir viel bewirken. Eine Spende für Menschen in Not schenkt den betroffenen Familien neue Hoffnung – die Zeit zu handeln ist jetzt.

Profitieren Sie von unserer langjährigen Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Unternehmen und helfen Sie uns, Menschen in Not nachhaltig zu unterstützen. Gerne beraten wir Sie persönlich und finden die passende Kooperationsmöglichkeit für Sie – kontaktieren Sie uns noch heute!



Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30  
[www.Aktion-Deutschland-Hilft.de/Unternehmen](http://www.Aktion-Deutschland-Hilft.de/Unternehmen)



### So können Sie als Unternehmen helfen

- Unternehmensspende zu besonderen Anlässen
- Mitarbeitersammlung oder Benefizveranstaltung
- Förderung eines konkreten Hilfsprojekts

### Wir beraten Ihr Unternehmen individuell und persönlich!

E-Mail: [marketing@Aktion-Deutschland-Hilft.de](mailto:marketing@Aktion-Deutschland-Hilft.de)  
Telefon: 0228 242 92-420



STREITGESPRÄCH „DEUTSCHLAND 2030“

# „Das Individuum muss vor dem Kollektiv stehen“

Moderator Carsten Linnemann und Journalistin Anna Schneider (vorne) diskutierten mit den zugeschalteten CDU-Politikern Roland Koch, Friedrich Merz und Unternehmerin Sarna Röser.



Wie könnte eine Vision von Deutschland im Jahr 2030 aussehen? Und wie kann die Union diese Vision transportieren? Darüber diskutierten auf dem 15. Bundesmittelstandstag Welt-Chefreporterin Anna Schneider und Jungunternehmerin Sarna Röser mit dem CDU-Politiker Friedrich Merz und dem Chef der Ludwig-Erhard-Stiftung Roland Koch, moderiert von Carsten Linnemann.



**Linnemann:** Wenn wir uns eine Reise ins Jahr 2030 vorstellen, was werden dann die größten Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft sein?

**Röser:** Das ist ganz klar der demografische Wandel mit all seinen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme. Unser Rentensystem ist eine tickende Zeitbombe. Und da sind die Komplexe Klimaschutz und Energiewende, gerade vor dem Hintergrund der Versorgungssicherheit und Preisstabilität. Denn es sind die Unternehmen, die den gewünschten Umbau der Wirtschaft organisieren und dabei möglichst viele Arbeitsplätze erhalten müssen. Und hier spielt die Digitalisierung mit ihren Auswirkungen auf die Arbeitswelt eine große Rolle.

**Linnemann:** All diese Probleme sind seit Jahren absehbar. Woran liegt es, dass die Politik die Probleme immer erst anzupacken scheint, wenn das Haus schon brennt?

**Merz:** Wir haben in der Politik andere Mechanismen als in der Wirtschaft. Die Politik ist häufig reaktiv, während die Wirtschaft antizipativ agiert, also Entwicklungen vorwegzunehmen versucht. Die Politik muss deshalb mutiger sein, Probleme klar anzusprechen, auch wenn Teile der Bevölkerung darauf sensibel reagieren könnten. Das

gilt umso mehr in einer Welt, die sich in einer immer größeren Geschwindigkeit dreht und mit der wir Europäer offensichtlich nicht Schritt halten. Aus meiner Sicht sind drei Themen bis 2030 für die Politik entscheidend. Erstens: Wie gelingt Wirtschaftspolitik in Zeiten des Klimawandels? Das zweite Thema ist die Gefährdung unserer inneren und äußeren Sicherheit durch internationale Krisen. Das dritte Thema sind die sozialen Sicherungssysteme im Zeichen des demographischen Wandels. Bei all diesen Themen muss die Politik – das gilt erst recht für uns in der Opposition – mutiger, schneller und glaubwürdiger werden.

**„Unser Rentensystem ist eine tickende Zeitbombe.“**

Sarna Röser

**Koch:** Politik ist keine autonome Institution, die der Bevölkerung, den Unternehmen oder den Gewerkschaften die Zukunft vorschreiben kann. Politik bewegt sich in einem Rahmen. Dazu gehört, was zu einem bestimmten Zeitpunkt akzeptiert wird. Heute erleben wir, dass die Menschen ein großes Vertrauen in den Staat haben und sehr viel von ihm erwarten. Den freien Kräften des Marktes wird nicht viel Vertrauen entgegengebracht. Und das limitiert Politik. Um an Friedrich Merz anzuknüpfen: Ein Staat, der versucht, im Voraus zu planen, ist ein viel stärker regelnder Staat. Der reaktive Staat lässt andere erst einmal laufen – und greift ein, wenn es Handlungsbedarf gibt. Ein Staat, der meint, er wisse alles vorher und kann alles lenken, ist ein Staat, der den Anspruch erhebt, er sei so schlau, die Zukunft zu kennen. Daran habe ich erhebliche Zweifel. Ich glaube deshalb, dass die Politik die Bereitschaft zum Irrtum haben muss.



**Anna Schneider (31)** ist eine österreichische Journalistin. Die Juristin und Kunsthistorikerin arbeitete zunächst als Universitätsassistentin in Wien. Nach einer Station als Referentin für Verfassung und Menschenrechte bei der liberalen Partei Neos wechselte sie in den Journalismus. Von 2019 bis 2021 war sie Reporterin für die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) in Berlin. Im Juni 2021 wechselte sie als „Chefreporterin Freiheit“ zur „Welt“.

Meine Befürchtung ist: Wir werden 2030 in einem Land leben, in dem es zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte gibt. Wir werden in einer Welt leben, in der die Märkte längst nicht so offen sind, wie wir es uns wünschen. In dieser Welt möchte ein Großteil der Bevölkerung weiterhin, dass der Staat viel Geld für sie ausgibt – selbst wenn wir Zweifel haben, ob es so klug ist, den Menschen vorher so viel dafür abzunehmen.

**„Die Politik muss mutiger sein, Probleme klar anzusprechen, auch wenn Teile der Bevölkerung darauf sensibel reagieren könnten.“**

Friedrich Merz

**Linnemann:** Woher kommt diese Staatsgläubigkeit? Wir haben doch gerade in der Pandemie erlebt, dass überall dort, wo der Staat anstelle von Privatakteuren als Manager aufgetreten ist – von der Beschaffung bis zur Terminvergabe – gescheitert ist.

**Koch:** Das Kern-Stichwort ist Verunsicherung. Die Welt, in der wir heute leben, mutet jedem Einzelnen so viele unterschiedliche Informationen zu, dass sich seine Unsicherheit darüber, was ihm passieren oder wem er vertrauen kann, massiv erhöht hat. In so einer Situation sucht er eine Instanz, die es für ihn richten soll. Wenn das Ministerpräsidenten, Bundeskanzler oder andere demokratische Instanzen sind, ist das auch nicht die schlechteste Option. Trotzdem: Wir brauchen mehr „Empowerment“, emanzipierte Menschen, die sagen: Wir brauchen den Staat nicht, wir können das selbst.

**Linnemann:** Frau Schneider, trotz der Staatsgläubigkeit wird die Gesellschaft fragmentierter und pluralistischer, die Bindekräfte lassen nach. Wie lange beobachten Sie dieses Phänomen schon?

**Schneider:** Die Individualisierung oder Diversität der Gesellschaft ist per se nichts Schlechtes. Es kommt darauf an, wie die Politik damit umgeht: kollektivistisch oder individualistisch. In den USA erleben wir bereits einen Kulturkampf genau zwischen diesen beiden Polen. Dort bezeichnen sich Gruppen als die „Erwachten“ und wittern überall soziale Ungerechtigkeiten. Demgegenüber stehen die Konservativen, die eher leistungsorientiert eingestellt sind. Das

schleicht sich langsam auch in Deutschland ein und wird unsere Gesellschaft formen. Politik ist häufig nicht nur reaktiv, sondern auch reaktionär. Das zeigt sich am Beispiel von Quoten, wo es am Ende nur darum geht, Menschen nach äußeren Merkmalen zu beurteilen. Das ist ein schlimmer Rückschritt, wenn wir das Individuum nicht mehr anerkennen als das, was es ist. Leider muss ich mich kritisch an Ihre Partei wenden: In den vergangenen Jahren fehlte die Union als Korrektiv. Ich würde mir von einer konservativen Partei, die auf das Leistungsprinzip pocht, wünschen, ihre eigene Erzählung aufzubauen und dem etwas entgegenzusetzen. Der Zeitgeist klingt schön: Beteiligung von Minderheiten, Frauenförderung etc., aber das muss man doch auch ohne Quoten und Aktionismus lösen können. Leider nimmt das kollektivistische Denken auch bei der FDP zu.

**Linnemann:** Mein Eindruck als Abgeordneter ist, dass die Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik spätestens seit der Flüchtlingskrise stark zugenommen hat. Das hat sich in der Corona-Krise verstärkt. Was hat die Politik falsch gemacht?

**Schneider:** Letztlich befeuern alle Krisen die Spaltung der Gesellschaft. Es wäre eine Chance gerade für die CDU in der Opposition, nicht nur zu reagieren, sondern einen eigenen Plan zu



**Professor Roland Koch (63)** ist Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung. Der Jurist war von 1999 bis 2010 Ministerpräsident in Hessen und fast zeitgleich Landesvorsitzender der CDU. Nach seinem Ausscheiden aus der Politik wechselte er in die Wirtschaft und war drei Jahre lang Vorstandsvorsitzender des Baukonzerns Bilfinger. Seit 2017 ist er Professor für Management und Regulierung an einer Frankfurter Wirtschaftshochschule.

**Friedrich Merz (66)** ist Vorsitzender der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der frühere Richter gehörte von 1989 bis 1994 dem EU-Parlament und von 1994 bis 2009 dem Bundestag an. Dort war er bereits zwischen 2000 und 2002 Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer. Danach arbeitete er als Rechtsanwalt, Unternehmensberater und Aufsichtsratsmitglied. Seit 2021 gehört er wieder dem Bundestag an.



entwickeln. Politik erschöpft sich nicht nur im Krisenmanagement, sondern in klaren Leitlinien und Visionen, wo man hin will. Daran mangelt es gerade den Parteien. Die SPD wünscht sich eine gerechtere Gesellschaft und versteht darunter eine quotiertere Politik. Aber wo wollte die Union in den 16 Jahren unter Angela Merkel hin? Stattdessen hat sie mit der SPD geschmust und ist jetzt auch für Frauenquoten in Vorständen.

**Linnemann:** Aber hat sich die Gesellschaft nicht auch verändert?

**Schneider:** Ja klar, viele wünschen sich mehr Diversität. Fraglich ist nur der Weg dorthin. Deutschland hat jetzt eine grüne Familienministerin, die alle Gesetze darauf prüfen will, ob Frauen und Minderheiten ausreichend berücksichtigt werden. Das hat nichts mit Gleichberechtigung, sondern mit Gleichstellung zu tun.

Was mich an unserer Gesellschaft am meisten beunruhigt: Inzwischen wird es schon hingenommen, dass das Kollektiv vor das Individuum gestellt wird. Als ich neulich in einem Artikel

geschrieben habe, dass für mich selbstverständlich das Individuum vor dem Kollektiv steht, löste das einen Shitstorm gegen mich aus. Dabei war das in westlichen Gesellschaften immer Konsens. Andere Zeitungen schrieben dann über mich, dass mein Liberalismus vulgär wäre. Diese Entwicklung beunruhigt mich.

**„Wir brauchen mehr emanzipierte Menschen, die sagen: Wir brauchen den Staat nicht, wir können das selbst.“**

Roland Koch

**Linnemann:** Wie sieht Ihre Vision 2030 aus, was würden Sie ändern?

**Schneider:** Ich würde zunächst ein Bild zeichnen, was ein moderner Staat für mich bedeutet. Deutschland hat ein großes Bürokratieproblem. Inzwischen macht sich sogar Innovationsfeindlichkeit breit. Wenn ein Unternehmer wie Elon Musk in Brandenburg für eine Milliarde Euro eine Gigafactory bauen will, dann sollte ihm nicht so viel Bürokratie und Missgunst entgegenschlagen. Als Zweites wünsche ich mir mehr Gelassenheit in der Gesellschaft. Unser Land besteht nicht nur aus Rassisten, nicht jeder schlechte Witz ist gleich sexistisch und nicht jeder, der in der Minderheit ist, ist gleich ein Opfer. Man kann es zu etwas bringen, wenn man etwas leistet – unabhängig von der Hautfarbe oder vom Geschlecht.

**Sarna Röser (34)** ist Unternehmerin und seit 2018 Bundesvorsitzende der Jungen Unternehmer. Sie kommt aus der Nähe von Stuttgart und ist designierte Nachfolgerin der Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH. Röser hat selbst ein Startup gegründet und führt ein zum Familienverbund gehörendes Unternehmen mit. Zudem gehört sie mehreren Aufsichtsräten an.



**Linnemann:** Gibt es im Jahr 2030 noch Volksparteien in Deutschland?

**Koch:** Diese Debatte gibt es alle paar Jahre wieder. Die letzten Monate haben gezeigt, dass die Volksparteien ein erhebliches Potenzial haben, sich selbst zu minimieren – sie können aber auch Chancen wahrnehmen und wieder wachsen. Die SPD hatte man bereits totgesagt und trotzdem lag sie bei der Bundestagswahl vor uns. Als Union sind wir jetzt (in Wahlumfragen lagen CDU/CSU Mitte Dezember bei knapp über 20 Prozent; Anm. d. Red.) auf einem Niveau, das für eine Volkspartei eine Untergrenze darstellt. Ich glaube, dass wir schlicht unser Potenzial nicht ausgeschöpft haben. Der Boden ist nach wie vor gut und unterscheidet

sich stark von anderen Ländern, wo es keine Volksparteien mehr gibt.

Die CDU war viel zu lange konfliktscheu. Wenn sich aber die Vereinigungen in der Union nicht mehr streiten dürfen, dann repräsentieren sie auch nicht mehr gesellschaftliche Gruppen. Wir müssen insgesamt wieder mehr Konflikte in unseren eigenen Reihen austragen. Wenn wir das tun, ist, die Zukunft der Partei gesichert.

**Merz:** Auch hier ist unsere neue Rolle in der Opposition eine große Chance. Wir können Abstand nehmen von der Tagespolitik und können uns über unsere Grundsätze und unser Politik- und Freiheitsverständnis austauschen. Die Union hat diesen Prozess mehrfach in ihrer Geschichte durchlebt und ist jedes Mal gestärkt daraus hervorgegangen. Warum soll uns das diesmal nicht gelingen?

**„Politik erschöpft sich nicht nur im Krisenmanagement, sondern in klaren Leitlinien und Visionen, wo man hin will.“**

Anna Schneider

**Röser:** Als Nicht-CDU-Mitglied glaube ich, dass die CDU dann erst wieder erfolgreich sein kann, wenn klar ist, wofür sie steht. Die CDU sollte insbesondere die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft – Eigenverantwortung, Freiheit, Eigentum – mit Leben füllen. Bei Ludwig Erhard gab es das Narrativ „Wohlstand für alle“ – eine solche Erzählung braucht die Union heute wieder.

**Linnemann:** *Wie könnte so ein Narrativ, ein Aufstiegsversprechen der Union für 2030 lauten?*

**Koch:** Wir brauchen erstens wieder mehr Freiräume – Bereiche, in denen wir Staat und Regeln heraushalten und es selber regeln. Wir brauchen zweitens auch als Deutsche ein gemeinsames Europa, einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Ideengeschichte. Ich glaube, dass die Welt nicht so global ist, wie manche träumen. Wir liegen nach wie vor mit vielen Nationen in Konflikt. Drittens

muss Deutschland das Silicon Valley der Welt werden. Wir haben die intellektuellen und infrastrukturellen Voraussetzungen dafür. Deutschland ist unglaublich erfahren darin, Probleme zu lösen und Neues zu erfinden. Uns kann ein sehr schönes Leben bevorstehen in 2030, aber bis dahin gilt es einige Hürden zu überwinden.

**Merz:** Ich habe noch an zwei Stellen kein sicheres Gefühl dafür, wie sich die Dinge in den nächsten Jahren entwickeln. Das eine ist das Thema Klimawandel. Da liegt nach meiner Einschätzung ein ungeheures Enttäuschungspotenzial gegenüber der neuen Bundesregierung auf der Straße. Denn die Erwartungen, die die Regierung auch mit ihrem Koalitionsvertrag geschaffen hat, wird sie wahrscheinlich nicht erfüllen können. Selbst wenn sie im Inland all ihre Vorhaben umsetzt, wird das die internationalen Probleme nicht lösen – jedenfalls nicht so, wie die Wähler der Grünen und die junge Generation sich das vorstellen.

Der zweite Punkt, der mich unsicher sein lässt, ist die globale Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf einige Konfliktregionen. Wir sehen bereits eine deutliche Verschärfung der Konflikte, etwa an der russischen Westgrenze, aber auch zwischen China und Taiwan sowie im Verhältnis zwischen Amerika und China. Die Europäische Union spielt in diesen Konflikten praktisch keine Rolle. Die EU steht wahrscheinlich vor der größten Herausforderung seit ihrer Gründung, weil ihre Versprechen immer unwahrscheinlicher werden. Was können wir also tun, um im Jahr 2030 weiter eine wohlhabende, umweltgerechte, klimaverträgliche Gesellschaft zu sein, die sich auch im internationalen Kontext wiederfindet? Und was können wir tun, um Frieden und Freiheit im umfassenden Sinne unseres Kontinentes zu sichern? Unser intellektuelles Potenzial, diese Fragen zu beantworten, ist ungemein groß in Deutschland. Es wird eine unserer Herausforderungen sein, hierbei alle Teile der Gesellschaft mitzunehmen.

**Röser:** Wir jungen Unternehmer wünschen uns ein wachstumsorientiertes, digitales, innovatives, mündiges, weltoffenes, generationengerechtes, umwelt- und klimabewusstes Deutschland im Jahr 2030. Das in Kombination mit mehr Mut und Eigenverantwortung, die belohnt und nicht bestraft wird. Wir sind das Land der Erfinder, Tüftler und Ingenieure. Wir brauchen also mehr Vertrauen in die Wirtschaft und die Unternehmen mit all ihren klugen Köpfen.

**Schneider:** Meine größte Sorge ist, dass sich nach der Pandemie das Verständnis des Bürgers dafür, was der Staat für ihn macht, komplett verschiebt. Wenn sich der Staat um immer mehr Lebensbereiche kümmern will, dann habe ich schlimme Befürchtungen für 2030. Der Staat darf den Bürgern die Mündigkeit nicht abtrainieren. Im Gegenteil: Er muss Leistungsbereitschaft, Innovationskraft und vor allem Mut belohnen. ●





...ankommen und entspannen.



**Allgoi**  
...aus dem Allgoi, für das Allgoi.  
[www.allgoi.com](http://www.allgoi.com)

**Seespitz**  
*Das freundliche Haus direkt am Weissensee*



Verbringen Sie eine Auszeit mit der Familie in unserem komfortablen Apartmenthotel direkt am malerischen Weissensee.

Unsere langjährig gesammelten Kunstwerke und Designobjekte schaffen eine aussergewöhnliche Atmosphäre.

Entspannen Sie in der finnischen Sauna, im Schwimmbad mit Blick auf Berge und See und genießen Sie den Abend in unserem gemütlichen italienischen Restaurant.

Apartmenthotel Seespitz - Pfrontener Str.45 - D-87629 Füssen-Weissensee

Tel. +49 8362/38899 - Fax +49 8362/38890 - E-Mail [info@seespitz.de](mailto:info@seespitz.de) - [www.seespitz.de](http://www.seespitz.de)



HEIMLICHE STEUERERHÖHUNGEN

# Was ist die Progressio

## Hintergrund

Das Problem der kalten Progression entsteht, wenn höhere Löhne lediglich die Inflation ausgleichen, während die tatsächliche Kaufkraft des Beschäftigten stagniert. Durch den Tarifverlauf bei der Einkommensteuer zahlt er dann verhältnismäßig mehr Steuern. Man spricht deshalb auch von schleichender oder heimlicher Steuererhöhung. Im Klartext: Der Mitarbeiter bekommt mehr Geld vom Chef, hat aber kaum mehr in der Tasche – oder sogar weniger, weil die Steuerprogression die Lohnerhöhung weitgehend auffrisst und damit unter dem Strich weniger Kaufkraft bleibt.

Denn bei einem höheren Einkommen steigt in der Regel auch die steuerliche Belastung. Dieser Progressionseffekt ist so auch gewollt: Je höher das Einkommen, desto höher die Leistungsfähigkeit. Durch die höheren Steuereinnahmen profitiert der Staat aber überproportional stark von Lohnerhöhungen. Bekämpft werden kann der Effekt, indem der Verlauf des Steuertarifes geändert wird. Der Steuertarif muss so angepasst werden, dass die Kaufkraft des Nettoeinkommens gleich bleibt. Der Tarif muss also an die Inflationsrate angepasst werden.

## MIT setzte Steuerbremse durch

Genau das hat die CDU in der Großen Koalition im Jahr 2014 durchgesetzt. Vorangegangen war ein CDU-Parteitagbeschluss auf Initiative von MIT, CDA und JU. Infolge des Beschlusses schlägt das Bundesfinanzministerium seitdem alle zwei Jahre auf Basis eines Steuerprogressionsberichts eine Anpassung der Steuersätze an die Inflationsrate vor. Zum 1. Januar 2016 wurde der Steuertarif mit einem Entlastungsvolumen von zunächst 1,5 Milliarden Euro angepasst. Das hilft besonders kleinen und mittleren Einkommen. Für 2018 errechnete das Finanzministerium, dass rund 32,1 Millionen Steuerzahler mit durchschnittlich 104 Euro an zusätzlicher Steuerlast betroffen waren. 2019 wurden 32,8 Millionen Steuerpflichtige mit durchschnittlich 116 Euro errechnet. Diese Mehrbelastung wurde über das Familienentlastungsgesetz ausgeglichen. Über die geplante Verschiebung der Tarifeckwerte werde sogar das verfügbare Einkommen über den bloßen Ausgleich der Inflation hinaus erhöht, betonte damals das Finanzministerium.

Seit 2016 werden in Deutschland auf Initiative der MIT die Steuertarife an die Inflationsrate angepasst. So werden schleichende Steuererhöhungen verhindert: die „kalte Progression“. Doch ausgerechnet jetzt, im Jahr der höchsten Inflation, will sich die Ampel-Koalition vor dieser Anpassung drücken. Was bedeutet das für den Steuerzahler?

# „kalte n“?

## Entlastung reicht nicht aus

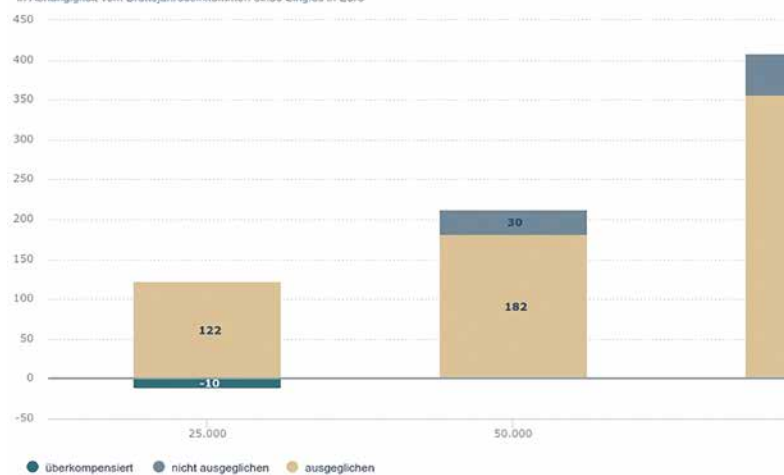
Eigentlich sollte die kalte Progression auch in den Jahren 2020 und 2021 mehr als ausgeglichen werden. Für 2020 wurde vorab eine Inflationsrate von rund 1,5 Prozent und für 2021 von 1,2 Prozent unterstellt. Doch es kam anders: Während die Inflation im Jahr 2020 offiziell nur 0,5 Prozent betrug, stieg sie 2021 sprunghaft um 3,1 Prozent an. Somit wird die gesamte kalte Progression der Jahre 2020 und 2021 nicht ausgeglichen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) rechnet vor: Bei einem Durchschnittsverdiener mit 50.000 Euro Bruttojahreseinkommen werden rund 30 Euro im Jahr nicht ausgeglichen. Bei einem Verdienst von 75.000 Euro sind es gut 50 Euro, die nicht ausgeglichen werden. Lediglich bei Geringverdienern wird die kalte Progression leicht überkompensiert (siehe Abbildung).

## Haltung der Ampel unklar

Das IW erinnert daran, dass alle drei Ampel-Parteien im Wahlkampf Entlastungen bei der Einkommenssteuer versprochen haben. Deshalb „wäre die überschaubare Verschiebung des Tarifverlaufs zur Vermeidung der kalten Progression eine Chance gewesen, kurzfristig und unproblematisch ein Stück Steuergerechtigkeit herzustellen und – wenn auch eher symbolisch – den Einsatz der Steuerzahler zu würdigen“, sagt IW-Steuerexperte Martin Beznoska. „Fiskalisch wäre der Auf-

## Effekt der kalten Progression der Jahre 2020 und 2021

In Abhängigkeit vom Bruttojahreseinkommen eines Singles in Euro



Anmerkung: Realeinkommen des Jahres 2020, angenommene Inflationsraten: 0,6 Prozent (2020) und 2,9 Prozent (2021), korrigiert um den Effekt der kalten Progression.  
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

kommenseffekt von weniger als einer Milliarde Euro verkräftbar gewesen.“ Würde die Ampel den Ansatz der Großen Koalition fortsetzen und die heimlichen Steuererhöhungen von 2023 bis 2025 ausgleichen, würde das nach IW-Angaben zu einer weiteren Entlastung von 30 Milliarden Euro führen. Doch davon sei bislang keine Rede.

Wenig Hoffnung macht die Haltung der Grünen zu künftigen Entlastungen. „Die Anpassung der sogenannten kalten Progression ist keine Priorität und steht jetzt auch gar nicht an“, sagt die stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Lisa Paus. „Breite Steuersenkungen“ seien für sie aktuell nicht der richtige Weg. „Sie reißen Löcher in den Haushalt und laufen Gefahr, die Inflation weiter anzukurbeln. Es ist deshalb kein Zufall, dass es im Koalitionsvertrag dazu keine Vereinbarungen gibt.“

## „Angriff auf Leistungsträger“

Die MIT fordert die Ampel zu einem sofortigen Umsteuern auf. Steuererhöhungen, auch schleichende wie bei der kalten Progression, seien „Gift für den Aufschwung und eine Attacke auf Leistungsträger“, kritisiert MIT-Vorsitzende Gitta Connemann. Gehälter müssten mit der Inflation Schritt halten können. Der Lohnausgleich dafür dürfe nicht vom Staat wegbesteuert werden. „Jetzt sieht die Ampel einfach zu, dass sich die Steuern durch Unterlassen erhöhen“, sagt Connemann. „Wer keine Steuererhöhungen propagiert, muss den bewährten Mechanismus übernehmen: Bei steigender Inflation muss der Einkommenssteuertarif umgehend in gleicher Höhe angepasst werden. Und damit es die Ampel nicht wieder vergisst, sollte dieser Mechanismus gesetzlich verankert werden.“



**Hubertus Struck**  
Redakteur/CvD  
struck@mit-bund.de

PRO &amp; CONTRA

# Sollte es jetzt bald einen Freedom Day geben?

*In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.*

*Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.*

## Ein Land in Schiefelage



**Jana Schimke (42)** ist CDU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende. Die Politologin aus Brandenburg leitet im Bundestag den Tourismusausschuss als Vorsitzende.

Meine Wahrnehmung nach zwei Jahren Kontaktbeschränkungen, Masken- und Testpflicht sowie Impfdebatte ist, dass dieses Land in einer Schiefelage ist: politisch, ethisch und wirtschaftlich. „Bist Du schon geimpft oder geboostert?“, ist die Frage, die in diesen Tagen über den Fortbestand von Freundschaften entscheiden kann. Schon mehrfach blickte ich in die fassungslosen Gesichter, weil die Oma jetzt nicht mehr zu Besuch kommt, da der Enkel nicht geimpft ist und dies auch nicht vorhat. Ich erlebe einen Weltärztepräsidenten, der sich über die Urteilskraft „kleiner Richterlein“ echauffiert, die es wagen, sich mit ihren Urteilen über politische Verabredungen hinwegzusetzen. Ich erlebe erfahrene Politiker, die Menschen in Geimpfte und Ungeimpfte unterteilen und letzteren das Recht absprechen, in gleichem Maße wie Geimpfte am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Und ich sehe als Mutter, Nachbarin, Freundin und Politikerin, dass jene Menschen, die auf der Straße, in den sozialen Netzwerken oder auch in meiner Sprechstunde protestieren, keine rechtsradikale und unsolidarische Minderheit sind. Es sind unsere Freunde, Nachbarn, Familienmitglieder.

PRO

Wir wissen, dass Corona mit der Omikron-Variante trotz hoher Inzidenz bis zu 90 Prozent weniger Hospitalisierungen nach sich zieht. Viele Länder in Europa fahren die Maßnahmen zurück. Weitere Impfstoffalternativen und Medikamente für schwere Verläufe wurden zugelassen. Immer mehr Studien zweifeln am Mehrwert bestehender Maßnahmen. Die seelischen Folgeschäden der Corona-Politik, etwa bei Kindern und Jugendlichen, sind erheblich. Die Corona-Datenlage entwickelt sich zu einem Skandal. Ob Verstorbene mit oder an Corona verstorben sind, macht für die Statistik keinen Unterschied. Ein unbekannter Impfstatus geht automatisch als ungeimpft in die Statistik ein. Auch bei der Ermittlung der Impfquote wurden Fehler gemacht. Unser Land hat unfassbar hohe Staatshilfen auf den Weg gebracht, um die wirtschaftlichen Schäden einer ganzen Volkswirtschaft abzumildern. Doch Handel, Gastgewerbe, Veranstaltungswesen und viele weitere Branchen brauchen jetzt dringend einen Befreiungsschlag, damit nicht noch mehr Existenzen kaputt gehen. Die Politik ist gut beraten, nicht immer nach neuen Argumenten für Verbote zu suchen. Die Zeit ist reif für unseren Freedom Day. ●

In Dänemark gilt das Corona-Virus offiziell nicht mehr als gesellschaftlich kritische Krankheit. Trotz hoher Inzidenz wurden alle Beschränkungen im Land aufgehoben, da die Omikron-Variante als nicht so gefährlich gilt. Auch in Deutschland sind die Intensivstationen nicht überlastet. Ist jetzt die Zeit reif, dass alle Corona-Beschränkungen aufgehoben werden?

## Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter [www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage](http://www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage) können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter [www.mit-bund.de/newsletter](http://www.mit-bund.de/newsletter) kostenlos abonnieren.

## Öffnungsschritte mit Augenmaß

„Leicht verliert man die Geduld, doch schwer die Ungeduld“ – diese Sentenz des Aphoristikers Volkmar Frank trifft nach zwei Jahren der Corona-Pandemie, des Verzichts und der Einschränkungen umso mehr zu. Nunmehr mitten in der vierten Welle schwimmend, umspült von so nie dagewesenen Infektionszahlen und Fällen von Krankenhaus-Einweisungen, verlässt einen schnell die Geduld und die Vorsicht.

Von dieser Ungeduld übermannt, haben Länder wie Dänemark oder Großbritannien schon den „Freedom Day“ ausgerufen. Warum nicht auch bei uns? So ungern wir das auch hören: Wir müssen jetzt noch ein paar Wochen die Zähne zusammenbeißen, uns in Abstand und Geduld üben. Warum sollten wir ausgerechnet jetzt, auf dem Scheitelpunkt der Omikron-Welle, bei täglich über 150.000 neuen Covid-Infizierten, bei einer bundesweiten 7-Tage-Inzidenz von deutlich über 1500, alles, was wir mühsam erreicht haben, über den Haufen werfen und einen Kollaps unseres Gesundheitssystems riskieren, den wir so diszipliniert und so mühselig verhindert haben? Nichts zerstört das Vertrauen in die Politik mehr, als Erleichterungen anzukündigen, dann aber wieder auf dem Ordnungswege einzukassieren, weil einen die Realität eingeholt

hat. Vernünftige politische Entscheidungen müssen auf evidenzbasierten Grundlagen und nicht auf ungerechtfertigten Hoffnungen beruhen.

Den uns alle nervenden Teufelskreislauf aus Lockerung – Verschärfung – Lockerung müssen wir endgültig durchbrechen. Die Impfungen vulnerabler Gruppen sind der Schlüssel dazu, unsere Krankenhäuser vor dem Kollaps zu bewahren. Mit Blick auf den nächsten Winter müssen wir nun Regelungen finden, wie wir noch ungeimpfte Menschen auf intelligente und rechtssichere Weise dem Impfschutz zuführen können. Um auf mögliche gefährlichere Covid-Varianten vorbereitet zu sein, benötigen wir ein Impf- bzw. Pandemievorsorgegesetz.

Wir müssen, auch wenn wir es uns anders wünschen, mit Lockerungen bis zum 19. März warten. Das ist der Tag, an dem die geltenden Corona-Regeln auslaufen und der Scheitelpunkt der Omikronwelle überschritten sein wird. Dann können wir unter der nüchternen Betrachtung der dann herrschenden Lage auch mit Blick auf den nahenden Frühling und Sommer Öffnungsschritte wie den Wegfall der 2G-plus-Regel im Einzelhandel, in der Gastronomie oder im Freizeit- und Kulturbereich und anderes wagen. ●

CONTRA



**Stephan Pilsinger (35)** ist CSU-Bundestagsabgeordneter und war Co-Vorsitzender der MIT-Gesundheitskommission. Der Arzt aus München ist Mitglied des Gesundheitsausschusses im Bundestag.

## EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben – diesmal gibt es keinen Pfeil nach oben.

### Faire Bedingungen im digitalen Wettbewerb

Nicht nur die Corona-Krise hat gezeigt, wie unabdingbar der Handel im Internet geworden ist. Bereits in den vergangenen Jahren hat sich ein strukturelles Ungleichgewicht in den Verhandlungspositionen zwischen mittelständischen Unternehmen und globalen Plattformen wie Google oder Amazon herausgebildet. Mit seiner Arbeit zum Digital Markets Act (DMA) und Digital Services Act (DSA) hat das Europaparlament nunmehr klar Position zur Stärkung mittelständischer Unternehmen im digitalen Wettbewerb bezogen. Damit zielt das Parlament auf die Beendigung unlauterer Praktiken großer Online-Plattformen ab und definiert klare Spielregeln, die faire und offene Märkte gewährleisten. So können zukünftig beispielsweise „killer acquisitions“ von Start- und Scale-Ups durch große Digitalkonzerne verhindert werden.

### Mittelstand droht mehr Belastung

Die CSRD-Richtlinie, mit der die Kommission die Offenlegungspflichten nachhaltigkeitsbezogener Informationen für Unternehmen überarbeiten will, entpuppt sich als Büchse der Pandora. Linke, grüne und liberale Parteien des EU-Parlaments wollen den Kreis betroffener Unternehmen ausweiten und den Anforderungskatalog verschärfen. Im Windschatten des Fit-für-55-Pakets droht Mittelständlern damit ein Bürokratie-Tsunami. Die One-in-One-Out-Regel, die 2022 erstmals EU-weit angewandt werden soll, wird damit zur Makulatur. Für den PKM Europe ist das nicht akzeptabel. Wir setzen uns weiter für bessere Rechtsetzung und substantielle Entlastungen im Berichtswesen für den Mittelstand ein.

### Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



**PKM**Europe  
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

## Corona-Belastungen

### MIT legt Mittelstandsoffensive vor

Die MIT hat mit ihrer „Mittelstandsoffensive 22“ eine Reihe an Vorschlägen vorgelegt, um den Mittelstand in der Corona-Pandemie zu stärken. Das Konzept sieht umfassende steuerliche und bürokratische Entlastungen vor. Zudem macht die MIT konkrete Vorschläge für eine praxistaugliche Bekämpfung der Corona-Pandemie. Eine generelle zG-Pflicht in Betrieben lehnt die MIT ab. Die Arbeitgeber sollten aber ein Wahlrecht erhalten sowie die Möglichkeit zu arbeitsrechtlichen Konsequenzen. In Betrieben mit hohem Kundenverkehr soll die Pflicht zur Kontrolle entfallen und durch eine Stichprobenregelung ersetzt werden, die aber dokumentiert werden muss. Aus Sicht der MIT muss der Staat den Unternehmen auch steuerlich entgegenkommen: Die Fristen für die Steuererklärung 2020 sollen erneut verlängert werden. An erster Stelle muss aber die kalte Progression vollständig abgeschafft werden. Dazu sollte die aktuelle hohe Inflationsrate im Einkommenssteuertarif 2021 berücksichtigt werden. Ebenso muss der Solidaritätszuschlag endlich für alle abgeschafft werden. Außerdem muss der Mittelstand bürokratisch entlastet werden. So sollen alle staatlichen Betriebs- und Nutzungsgenehmigungen, die 2022 auslaufen, automatisch verlängert werden. Eine weitere Belastung, die der Staat schnell abschaffen könnte, ist die EEG-Umlage. Diese sollte schon zum 1.1.2022 abgeschafft werden und über eine nachträgliche Rückerstattung bei der Steuererklärung an die Unternehmen zurückgezahlt werden. Erfreulich ist, dass die Ministerpräsidentenkonferenz bereits eine MIT Forderung im Hinblick auf die Quarantänezeiten aufgegriffen hat: Angesichts der überwiegend milden und kürzeren Krankheitsverläufe bei der Omikron-Variante müssen die Quarantänezeiten zwingend verkürzt werden.

## Förderstopp war ein Fiasko

Das Klima- und Wirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne) hat ohne Vorwarnung die KfW-Förderung für energiesparende Häuser gestrichen – dann aber nach heftiger Kritik eine Rolle rückwärts vollzogen. „Die Ampel hat erkannt: Der Förderstopp war ein Fiasko. Immerhin“, begrüßt die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann die Aufhebung des Förderstopps. „Aber Vertrauen ist nicht teilbar. Auch diejenigen, die fristgerecht Anträge bis zum 31. Januar vorbereitet hatten, dürfen nicht leer ausgehen.“ Der Druck von MIT, CDU und CSU habe gewirkt. Die Regierung habe ihren Fehler eingesehen. „Zigtausende Bauherren und Handwerksbetriebe können nun aufatmen“, so Connemann. Aber die Bearbeitung der bis zum 24. Januar eingereichten Altanträge könne nur der erste Schritt sein. Connemann: „Wichtig ist, dass jetzt schnell alle, die klimaschonend bauen wollen, eine verlässliche Perspektive bekommen. Wir wollen doch Klimaschutz. Dann müssen wir diesen auch fördern.“

## Jahreswirtschaftsbericht

### Habeck legt politische Prosa vor

Die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck aufgerufen, endlich konkrete Vorschläge für ein Wachstum der Wirtschaft zu machen. Mit seiner Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts habe er eine Chance verpasst: „Statt einer Agenda für die Wirtschaft in Deutschland gab es neue Prosa. Statt konkreter Maßnahmen allgemeine Ankündigungen“, sagte Connemann. Dabei lasteten die Folgen der Pandemie noch immer schwer auf den Schultern der Menschen und des Mittelstands. „Unser Land braucht jetzt keinen Philosophen, der über die Grenzen des Wachstums nachdenkt. Unser Land braucht einen echten Wirtschaftsminister, der Impulse für mehr Innovationen, mehr Wettbewerb und mehr Wachstum setzt“, sagte die MIT-Vorsitzende. Sie forderte Habeck auf, seinen Fokus auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu legen. „Der Fokus des Wirtschaftsministers sollte darauf liegen, Unternehmen zu entlasten, Bürokratie abzubauen, die Verwaltung zu digitalisieren, Planverfahren zu beschleunigen und so schnell Wachstum zu schaffen“, so Connemann.



### MIT ist Stütze der Unionsfraktion

MIT-Mitglieder stellen auch in der neuen CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine wichtige Stütze der parlamentarischen Arbeit dar. Von den zwölf stellvertretenden Vorsitzenden sind acht Mitglieder der MIT: Andrea Lindholz, Jens Spahn, Mathias Middelberg, Johann Wadephul, Dorothee Bär, Ulrich Lange, Patricia Lips und Steffen Bilger. Dazu kommen die Parlamentarischen Geschäftsführer Stefan Müller und Nina Warken sowie Justiziar Ansgar Heveling. Von den sieben Bundestagsausschüssen, die an die Union gingen, werden sechs von MIT-Mitgliedern als Ausschussvorsitzende geführt: Haushalt (Helge Braun), Ernährung und Landwirtschaft (Hermann Färber), Wirtschaft (Michael Grosse-Brömer), Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (Daniela Ludwig), Finanzen (Alois Rainer) und Tourismus (Jana Schimke).

## Nachtragshaushalt

### MIT unterstützt Verfassungsklage

Die MIT wertet den umstrittenen zweiten Nachtragshaushalt der Ampelkoalition als Verfassungsbruch. „Mit Buchungstricks verschafft sich Finanzminister Lindner zusätzliche 60 Milliarden Euro. Damit erschließt die Ampelregierung eine Geldquelle, aus der sie sich in den nächsten Jahren bedienen kann – am Parlament vorbei“, kritisiert MIT-Chefin Gitta Connemann. „Dafür werden Notlagenschulden missbraucht und die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben.“ Die MIT unterstützt deshalb die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Große Koalition hatte für die Pandemiebekämpfung Notlagenschulden aufgenommen. Das Grundgesetz gestattet für einen solchen Fall Ausnahmen von der Schuldenbremse. Diese Kreditmilliarden werden jetzt von der Ampel umgewidmet. Damit sollen unter anderem der Klima- und Energiefonds gespeist werden. Detaillierte Angaben, was im Einzelnen damit wie finanziert werden soll, fehlen.



1

Bundesmittelstandstag 2021

# Neustart der MIT geglückt

Die MIT hat auf ihrem ersten digitalen Bundesmittelstandstag am 11. Dezember 2021 erfolgreich ihre Zukunft eingeläutet. Mit Gitta Connemann führt erstmals eine Frau die MIT als Vorsitzende an. Die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Ostfriesland setzte sich in einem fairen Wettbewerb gegen ihre Mitbewerber Thomas Jarzombek aus Düsseldorf und Andreas Ritzenhoff aus Marburg durch. Zuvor hatten sich die Kandidaten in zwei digitalen Vorstellungsrunden den Mitgliedern präsentiert.

In ihrer Rede stellte Connemann die Rolle der MIT als Stimme für die Soziale Marktwirtschaft heraus: „Wir sind das ordnungspolitische Gewissen dieser Nation“, sagte sie. Die MIT müsse Ideenschmiede sein und den Programmprozess der Partei mitgestalten. CDU und CSU forderte sie auf,

„klare Kante in der Opposition“ zu zeigen. Für die MIT kündigte Connemann an, sich auch weiter zu allen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen äußern zu wollen.

Connemann folgt auf Carsten Linnemann, der nach acht Jahren nicht erneut kandidierte. Zu seinem Abschied richteten langjährige politische Wegbegleiter persönliche Worte an ihn, darunter Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, CDA-Chef Karl-Josef Laumann und Ex-Arbeitsministerin Andrea Nahles.

Linnemann gab „seiner“ MIT drei Wünsche mit auf den Weg: „Wir dürfen uns nicht emotional erpressen lassen. Wir müssen zu unserer Meinung stehen, auch wenn der Wind von vorne bläst. Und wir müssen die Politik klar an Regeln binden, damit sie nicht immer weiter um sich greift.“

1 Die Kandidaten für die Nachfolge von MIT-Chef Carsten Linnemann (von rechts), Gitta Connemann und Thomas Jarzombek, stellten sich in zwei exklusiven Live-Duellen den Mitgliedern vor. 2 Der Bundesmittelstandstag wurde digital aus Berlin übertragen. Vor Ort fanden pandemiebedingt nur die Präsidiums-Kandidaten Platz. 3 Wolfgang Schäuble würdigte Linnemanns Verdienst, die MIT „zu einer starken Truppe nicht nur für die CDU, sondern auch für unser Land“ gemacht zu haben. 4 Zum Abschied schaute auch die „Steuerbremse“ vorbei – das Maskottchen der gemeinsamen Kampagne von MIT und CDA zur Abschaffung der kalten Progression im Jahr 2014. 5 Das Tagungspräsidium: Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben, Hildegard Müller und Tilman Kuban. 6, 7, 8 Die Bewerber um den MIT-Vorsitz Gitta Connemann, Thomas Jarzombek und Andreas Ritzenhoff. 9 Carsten Linnemann und Welt-Journalistin Anna Schneider entwarfen mit den digital zugeschalteten Gästen Roland Koch, Friedrich Merz und Unternehmerin Sarna Röser eine Vision für „Deutschland 2030“.



## Beschlüsse des 15. Bundesmittelstandstages 2021

### Neustart für mehr Freiheit und Verantwortung

Der Bundesmittelstandstag hat einen Deutschlandplan für mehr Freiheit und Eigenverantwortung vorgelegt. In dem Leitbeschluss fordert die MIT von der Ampel-Koalition ein umfassendes Entlastungs- und Entfesselungspaket inklusive einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit, eine Gründerschutzzone mit minimaler Bürokratie, eine Einkommensteuerreform, die endgültige Beendigung des Solidaritätszuschlages, eine Unternehmenssteuerreform für einen international wettbewerbsfähigen Mittelstand und einen attraktiven Investitionsstandort. Darüber hinaus fordert die MIT unter anderem eine schlankere und durchdigitalisierte Verwaltung sowie eine große Staatsreform, die bestehende Strukturen infrage stellt und Verantwortlichkeiten neu zuteilt. Verbeamtungen sollen nur noch im Kernbereich der sicherheitsrelevanten Staatstätigkeit erfolgen. Die Europäische Union soll sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Eine Schuldenunion lehnt die MIT kategorisch ab.

### Lehren aus der Corona-Krise

Die MIT hatte eine Kommission eingesetzt, die Lehren aus der Corona-Krise erarbeiten sollte. Das Ergebnis dieser Arbeit wurde auf dem Bundesmittelstandstag vorgestellt und beschlossen. Wichtigste Lehre: Während der Staat in der Krise oft versagt hat, hat die Privatwirtschaft ihre Innovationsfähigkeit bewiesen. Von der Ampel-Regierung fordert die MIT, für alle zukünftigen Krisenszenarien „verbindliche und dennoch agile Notfallpläne“ zu erarbeiten.

### Weitere Beschlüsse

Neben dem Leitantrag befasste sich der Bundesmittelstand mit 65 weiteren Anträgen aus Reihen der MIT-Verbände. Die Delegierten sprachen sich unter anderem für eine Ablehnung der europäischen Mindestlohnrichtlinie, eine Neubewertung der Nutzung der Kernenergie, eine Streichung der EEG-Umlage, eine Abschaffung der Kfz-Steuer, eine Ablehnung einer möglichen Paketsteuer, die Sofortabschreibung für alle Verbrenner-Fahrzeuge und dieselbetriebene Maschinen, eine Vereinfachung der Städtebauförderung und eine marktwirtschaftliche EU-Klimapolitik aus.



# Der neue MIT-Bundesvorstand

Die Delegierten des 15. Bundesmittelstandtags haben einen neuen Bundesvorstand gewählt. Diesem gehören darüber hinaus die Ehrenvorsitzenden Hansjürgen Doss und Peter Rauen sowie der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian von Stetten, und Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben an.

## Bundvorsitzende



**Gitta Connemann MdB**  
LV Niedersachsen  
Leer  
Alter: 57  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## stellv. Bundesvorsitzende



**Franz-Josef Pschierer MdL**  
MU Bayern  
Unterallgäu  
Alter: 65  
Mitglied des Landtages



**Finn Age Hänsel**  
LV Berlin  
Berlin-Mitte  
Alter: 40  
Geschäftsführer und Gründer



**Dr. Matthias Heider**  
LV Nordrhein-Westfalen  
Mark  
Alter: 55  
Rechtsanwalt



**Dorin Müthel-Brenncke**  
LV Mecklenburg-Vorpommern  
Schwerin  
Alter: 53  
Geschäftsführende Gesellschafterin



**Jana Schimke MdB**  
LV Brandenburg  
Dahme-Spreewald  
Alter: 42  
Mitglied des Deutschen Bundestages



**Oliver Zander**  
LV Baden-Württemberg  
Böblingen  
Alter: 56  
Prokurist/Geschäftsführer

## Bundes-schatzmeister



**Michael Littig**  
LV Rheinland-Pfalz  
Kaiserslautern  
Alter: 56  
Vorstand

## Präsidiums-mitglieder



**Henning Aretz**  
LV Nordrhein-Westfalen  
Essen  
Alter: 65  
Testamentsvollstrecker



**Peter Erl**  
BV Niederbayern  
Deggendorf  
Alter: 72  
Inhaber und Geschäftsführer



**Peter Luths**  
LV Niedersachsen  
Lüneburg  
Alter: 59  
Rechtsanwalt und Mediator

## Mitglieder-beauftragter



**Matthias Klein**  
AV Schweiz  
Schweiz  
Alter: 57  
CEO Europa, Geschäftsführer

## Beisitzer



**Stephan Albani MdB**  
LV Niedersachsen  
Ammerland  
Alter: 53  
Mitglied des Deutschen Bundestages



**Christian Bangert**  
LV Baden-Württemberg  
Ravensburg  
Alter: 57  
Geschäftsführer und geschäftsführender Gesellschafter



**Ruth Baumann**  
LV Baden-Württemberg  
Freiburg  
Alter: 55  
Geschäftsführerin



**Sebastian Brehm MdB**  
MU Bayern  
Nürnberg  
Alter: 50  
selbstständiger Steuerberater,  
Mitglied des Deutschen Bundestages



**Holger Cosse**  
LV Niedersachsen  
Meppen  
Alter: 46  
geschäftsführender Gesellschafter

# 2022 – 2024



**Walentina Dahms**  
MU Bayern  
Ebersberg  
Alter: 45  
Geschäftsführerin



**Dr. Georg Kippels MdB**  
LV Nordrhein-Westfalen  
Rhein-Erft-Kreis  
Alter: 62  
Mitglied des Deutschen Bundestages



**Mike Mohring MdL**  
LV Thüringen  
Weimarer Land  
Alter: 50  
Mitglied des Landtages



**Michael Darda**  
LV NRW  
Wesel  
Alter: 65  
Haus- und Grundstücksverwalter



**Michael Klasen**  
LV Saarland  
Merzig-Wadern  
Alter: 58  
selbstständiger Steuerberater



**Norbert Müller**  
LV Sachsen  
Dresden  
Alter: 66  
Geschäftsführender Gesellschafter



**Angela Erwin MdL**  
LV Nordrhein-Westfalen  
Düsseldorf  
Alter: 41  
Rechtsanwältin/Partnerin,  
Mitglied des Landtages



**Andrea Klieve**  
LV Nordrhein-Westfalen  
Essen  
Alter: 49  
Geschäftsführende Gesellschafterin



**Bernd Ohlemeyer**  
LV Nordrhein-Westfalen  
Düren  
Alter: 60  
Selbstständig



**Christoph Fay**  
LV Hessen  
Frankfurt am Main  
Alter: 66  
Rechtsanwalt



**Günter F. Kohl**  
LV Schleswig-Holstein  
Rendsburg-Eckernförde  
Alter: 72  
Medienunternehmer



**Dr. Harald Pohlmann**  
LV Nordrhein-Westfalen  
Lippe  
Alter: 66  
Unternehmer



**Anke Fricke**  
LV Sachsen-Anhalt  
Börde  
Alter: 46  
Geschäftsführerin



**Bärbel Edith Kohler**  
LV Nordrhein-Westfalen  
Neuss  
Alter: 63  
Personalcoach, Inhaberin



**Dirk Reinhold**  
MU Bayern  
MU Aschaffenburg  
Alter: 51  
Geschäftsführer



**Dr. Thomas Geppert**  
MU Bayern  
Rosenheim Land  
Alter: 41  
Verbandsgeschäftsführer



**Johannes Kraft Mda**  
LV Berlin  
Pankow  
Alter: 45  
Geschäftsführender Gesellschafter



**Volker Rode**  
LV Hessen  
Main-Kinzig  
Alter: 59  
Selbstständig



**Georg Gerdes**  
LV Niedersachsen  
Aschendorf-Hümmling  
Alter: 51  
Unternehmensberater



**Irmgard A. Lohmann**  
LV Niedersachsen  
Hamel-Pyrmont  
Alter: 64  
Steuerberaterin



**Inka Sarnow**  
LV Baden-Württemberg  
Karlsruhe-Stadt  
Alter: 54  
Rechtsanwältin, Wirtschafts-  
mediatorin, Syndikusanwältin



**Dr. Falk Hartmann**  
LV Hessen  
Fulda  
Alter: 37  
Rechtsanwalt



**Werner Lübbe**  
LV Niedersachsen  
Vechta  
Alter: 67  
Kaufmann



**Sandra Schmall**  
LV Bremen  
Bremerhaven  
Alter: 28  
Legal Manager



**Thomas Jarzombek MdB**  
LV Nordrhein-Westfalen  
Düsseldorf  
Alter: 48  
Mitglied des Deutschen Bundestages



**Jörg Meurer**  
LV Rheinland-Pfalz  
Mayen-Koblenz  
Alter: 54  
Rechtsanwalt, Geschäftsführer



**Dr. Philipp Steinwärdner**  
LV Hamburg  
Eimsbüttel  
Alter: 54  
Rechtsanwalt



Dem neuen CDU-Chef Friedrich Merz und Generalsekretär Maria Czaja (vorne, von rechts) stehen die MIT-Mitglieder (hinten, von links) Carsten Linnemann, Michael Kretschmer, Silvia Breher, Andreas Jung und Karin Prien als Stellvertreter zur Seite.

## 34. CDU-PARTEITAG

# Jetzt ist der inhaltliche Aufbruch dran

Mit Friedrich Merz steht erstmals in der Geschichte der CDU ein MIT-Mitglied an der Spitze der Partei. Dementsprechend groß ist die Freude bei der Unions-Vereinigung, die sich in den vergangenen Jahren stets für Merz ausgesprochen hat. „Das Spitzenergebnis von 94,6 Prozent zeigt: Friedrich Merz wird von der Basis getragen. Die Partei steht wieder geschlossen hinter ihrem Vorsitzenden“, sagt MIT-Chefin Gitta Connemann. „Mit dem neuen Bundesvorstand hat er ein starkes Team an seiner Seite. Der personelle Neustart ist gelungen.“ Diese Kraft müsse die Partei jetzt für den inhaltlichen Aufbruch nutzen. „Der Markenkern der CDU muss wieder erkennbar werden. Dazu gehört auch die Wirtschaftskompetenz. Dafür brauchen wir: klares Profil, klare Inhalte, klare Sprache“, so Connemann. „Unsere Wähler wollen CDU pur. Mit Friedrich Merz können wir wieder zu alter, neuer Stärke wachsen.“

Mit Recht-Links-Denken dürfe sich die CDU jetzt nicht mehr aufhalten, so Connemann: „Inhaltliche Debatte ja. Aber Flügelkämpfe überlassen wir den anderen Parteien. Die Volkspartei CDU stand immer für die bürgerliche Mitte. Darauf müssen wir uns wieder besinnen.“

Die MIT freut sich darüber hinaus, dass ihre Kandidatin, die Bauunternehmerin Ruth Baumann aus Baden-Württemberg, in den Bundesvorstand gewählt wurde. „Ihr Einsatz für den Mittelstand und mehr wirtschaftliche Vernunft hat den Parteitag überzeugt“, so Connemann. „Ruth Baumann ist eine enorme Bereicherung für den CDU-Bundesvorstand, weil sie unternehmerischen und politischen Sachverstand mitbringt.“

### MIT stark im neuen CDU-Vorstand vertreten

Neben dem früheren MIT-Präsidiumsmitglied Merz gehören alle fünf Stellvertreter der MIT an: Silvia Breher, Andreas Jung, Michael Kretschmer, Carsten Linnemann und Karin Prien. Der frühere MIT-Vorsitzende Linnemann wird als Leiter der Programm- und Grundsatzkommission zudem eine herausgehobene Rolle bei der inhaltlichen Erneuerung der CDU übernehmen. Ebenfalls zur MIT gehören im neuen Präsidium die Bundesschatzmeisterin Julia Klöckner sowie fünf der sieben weiteren Präsidiumsmitglieder: Bernd Althusmann, Ines Claus, Ronja Kemmer, Ina Scharrenbach und Jens Spahn. Weiterhin sind Mitglied der MIT der CDU-Mitgliederbeauftragte Henning Otte sowie 16 der insgesamt 26 Beisitzer: neben MIT-Vorstandsmitglied Ruth Baumann nämlich Thomas Bareiß, Steffen Bilger, Joe Chialo, Birte Glißmann, Stefan Heck, Mechthild Heil, Laura Hopmann, Thomas Jarzombek, Thomas Kufen, Mike Mohring, Lucia Puttrich, Sven Schulze, Johannes Steiniger, Wiebke Winter und Otto Wulff.

Der frühere MIT-Bundesvorsitzende Carsten Linnemann ist neuer stellvertretender CDU-Vorsitzender und Chef der Programm- und Grundsatzkommission.



# „Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... ich die Anforderungen an den Mittelstand kenne und weiß, wie wichtig es ist, dass der Mittelstand weiter wächst.“



**Christian Wegner**

Apotheker und Unternehmer,  
MIT Jena

... vom Untertanen kein Land voran kommt. Deshalb brauchen die Unternehmer des Mittelstandes Fürsprecher. Es gibt genug Gruppen, die sich nur fürs Verteilen interessieren.“



**Julia Klöckner**

Bundestagsabgeordnete,  
MIT Bad Kreuznach

... unsere Wirtschaftskraft Deutschlands in besonderem Maße von einem erfolgreichen Mittelstand abhängt.“



**Jan-Wilhelm Pohlmann**

Landtagsabgeordneter,  
MIT Waldeck-Frankenberg

Dr. Christian Wegner (50) wohnt in Leipzig und ist studierter Pharmazeut. Er kommt gebürtig aus Jena und steht seit mehr als zehn Jahren der Medipolis-Unternehmensgruppe vor. Angefangen 1994 mit einer Apotheke in Naumburg, gegründet von Wegners Mutter, wuchs der Familienbetrieb zu einem bundesweit agierenden Gesundheitsunternehmen an. Sein Team berät in den Vor-Ort-Apotheken in Jena, Apolda und Naumburg sowie per Videotelefonie, sendet Rezepte digital und ist unter anderem in der Medikamentenherstellung sowie der Pflege, Weiterbildung und Versorgung von Kliniken und Praxen tätig. Darüber hinaus engagiert sich Wegner in der Förderung des Breiten- und Leistungssportes, so unter anderem beim Basketball-Zweitligisten Medipolis SC Jena. Privat greift er in seiner Jazz-Band am liebsten zum Banjo.

Julia Klöckner (49) wuchs im elterlichen Weingut in Guldenthal auf, studierte Politikwissenschaft, katholische Theologie und Pädagogik. Nach ihrem Staatsexamen und Master arbeitete sie unter anderem als Chefredakteurin des Sommelier-Magazins, das sie mit gründete. 2002 zog sie erstmals in den Bundestag ein. 2011 wechselte sie nach Rheinland-Pfalz und wurde dort CDU-Landesvorsitzende und Vorsitzende der Landtagsfraktion. 2018 wurde Klöckner als Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft berufen. Seit 2021 vertritt sie die Kreise Bad Kreuznach und Birkenfeld wieder als Bundestagsabgeordnete in Berlin. In der neuen CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist sie wirtschaftspolitische Sprecherin. Abseits der Politik engagiert sie sich in zahlreichen Vereinen, Stiftungen und sozialen Einrichtungen.

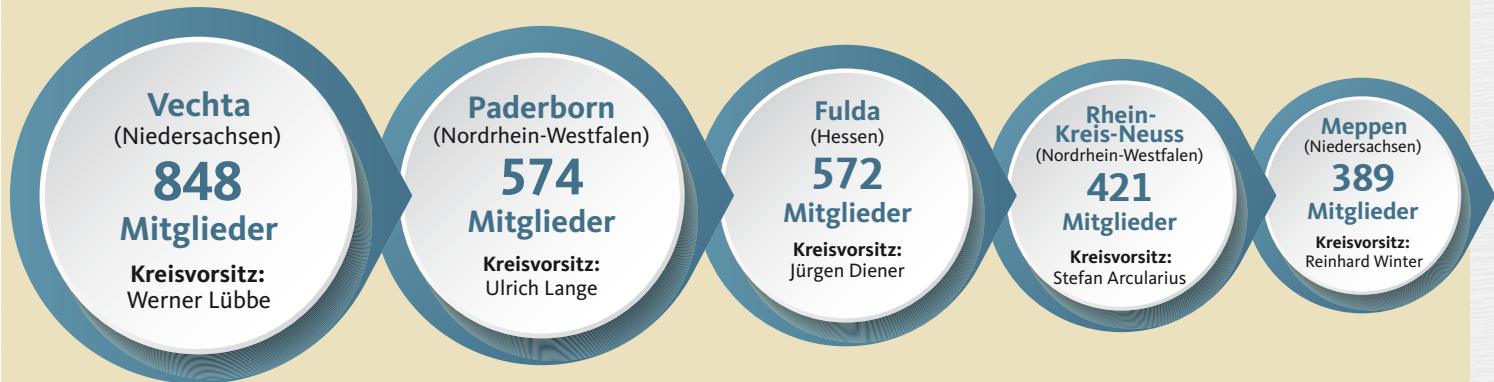
Jan-Wilhelm Pohlmann (35) lebt mit seiner Familie im nordhessischen Korbach. Er absolvierte zunächst eine Ausbildung zum Fachangestellten für Arbeitsförderung bei der Bundesagentur für Arbeit. Anschließend schloss er berufsbegleitend ein Fernstudium zum Bachelor in Politik-, Verwaltungswissenschaft und Soziologie mit dem Schwerpunkt Politikwissenschaft ab. Zuletzt arbeitete er als Teamleiter beim Jobcenter Waldeck-Frankenberg. Seit November 2021 gehört Pohlmann dem hessischen Landtag an. Dort möchte er das Sprachrohr seiner Region und des ländlichen Raumes sein. Als Mitglied im Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz setzt er sich für einen Ausbau der Breitband- und Mobilfunkversorgung ein. In seiner Freizeit ist Pohlmann gerne mit seiner Familie unterwegs und tankt Kraft beim Wandern.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: [www.mit-bund.de/mitgliedschaft](http://www.mit-bund.de/mitgliedschaft)



## Mitgliederstatistik

### Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.12.2021)



### Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.10.2021 – 31.12.2021)



## Umfrage zum Mittelstandsmagazin

Das Mittelstandsmagazin ist vielen MIT-Mitgliedern wichtig, weil es sie in kompakter Form über aktuelle wirtschaftspolitische Themen, die die MIT beschäftigen, auf dem Laufenden hält. Dies ist auch das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Instituts INSA unter den MIT-Mitgliedern im Jahr 2018: Danach gaben 66 Prozent an, das Mittelstandsmagazin sei ihnen wichtig. Aber es zeigte sich auch, dass für ein Drittel der Mitglieder das Magazin eher unwichtig oder gar sehr unwichtig ist. Außerdem bekommen wir immer häufiger die Rückmeldung, dass Mitglieder vor allem die Online-Ausgabe lesen und die Printausgabe gar nicht nutzen. Da aber der Druck und Versand einen der größten Kostenpunkte im Etat des Bundesverbandes darstellen, benötigen wir Ihre Rückmeldung, ob und wie wir das Magazin künftig fortführen sollen. Bitte beantworten Sie daher den kurzen Online-Fragebogen unter: [www.mit-bund.de/magazin-umfrage](http://www.mit-bund.de/magazin-umfrage)

# Aus den Augen, ohne Sinn?\*

\* Antiquierte Mindestabstände in Landesglücksspielgesetzen vernichten die Existenzen seriöser Spielhallenbetreiber und ihrer Beschäftigten. Gut kontrollierbare Angebote verschwinden. Dies verschafft illegalen Anbietern eine Sonderkonjunktur. Sie füllen nur zu gerne die Lücken, die durch Zwangsschließungen staatlich konzessionierter Spielhallen entstehen. Nur ein attraktives, an Qualitätskriterien orientiertes Angebot trocknet den illegalen Markt aus und stärkt den Spielerschutz.

[www.admiral-games.de](http://www.admiral-games.de)

Mit rund 520 Standorten gehört ADMIRAL zu den erfolgreichsten Spielhallenfilielisten Deutschlands und steht für ein legales, staatlich konzessioniertes Glücksspielangebot auf höchstem Niveau.

**ADMIRAL**



Unsere Netze mit  
100% Grünstrom\*

Die ersten  
6 Monate für

0€\*\*



# Ihr Business- Festnetz, das die Umwelt schützt

**Zusammen GigaGreen – mit Red Business Internet & Phone:**  
Wechseln Sie jetzt in das nachhaltige Kabel-Festnetz von Vodafone  
Business und profitieren Sie von Internet mit bis zu 1.000 Mbit/s  
aus 100% Grünstrom\* – gut für Ihr Unternehmen und unser Klima.  
Das ist: Business-Erfolg neu gedacht.

[vodafone.de/greencable](http://vodafone.de/greencable)



Together we can  
**vodafone**  
business

\*100 % Grünstrom: Für Drittstandorte ohne Nutzung erneuerbarer Energien erfolgt ein Ausgleich über Grünstromzertifikate. \*\*Aktion bis 31.03.2022 (Verlängerung vorbehalten): Sie erhalten rechnerisch die ersten 6 Monate den Basispreis für 0,00 €. Für Kabel-Produkte der Anbieter Vodafone NRW GmbH, Vodafone Hessen GmbH & Co. KG und Vodafone BW GmbH gilt: In den ersten 6 Monaten wird der Basispreis des Tarifes auf der Rechnung mit 0,00 € berechnet, anschließend gilt der monatliche Basispreis des jeweiligen Tarifes. Zusatzleistungen und kostenpflichtige Dienste werden weiterhin berechnet. Für Kabel-Produkte des Anbieters Vodafone Deutschland GmbH gilt: Es wird ein Startguthaben auf der ersten Rechnung gutgeschrieben, mit welchem der Basispreis des Tarifes in den ersten 6 Monaten verrechnet wird, anschließend gilt der monatliche Basispreis des jeweiligen Tarifes. Für den Tarif Red Business Internet & Phone 1000 Cable beträgt das Startguthaben 300,00 € netto (Basispreis 49,90 € netto mtl.), Zusatzleistungen und kostenpflichtige Dienste werden ebenfalls mit dem Startguthaben verrechnet. Dies kann dazu führen, dass innerhalb der ersten 6 Monate der Basispreis des Tarifes nicht mehr rechnerisch 0,00 € beträgt. Für alle Anbieter gemeinsam gilt: Im Aktionszeitraum entfällt für die vorgenannten Tarife das einmalige Bereitstellungsentgelt von 69,90 €. Mindestlaufzeit 24 Monate, danach jederzeit mit einer Frist von 1 Monat kündbar. Beachten Sie bitte die Verfügbarkeit: Internet- & Phone-Produkte sind in vielen unserer Kabel-Ausbaugebiete und mit jeweils modernisiertem Hausnetz verfügbar. Alle Preise sind Nettopreise und verstehen sich zzgl. der gesetzlichen MwSt. Gültig für Internet- & Phone-Neukunden sowie für Kunden, die in den letzten 3 Monaten keine Internet- und/oder Telefonkunden der Vodafone Baden-Württemberg GmbH, Vodafone Hessen GmbH, Vodafone Nordrhein-Westfalen GmbH, Vodafone Deutschland GmbH bzw. der Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH waren. Anbieter der Kabel-Produkte in NRW, Hessen und BW sind: in NRW die Vodafone NRW GmbH, in Hessen die Vodafone Hessen GmbH & Co. KG, in BW die Vodafone BW GmbH, alle Aachener Straße 746-750, 50933 Köln. Ansonsten ist Anbieter die Vodafone Deutschland GmbH, Betastraße 6-8, 85774 Unterföhring.